

Und nun die Sozialkrise?

**Die globale Wirtschaftskrise könnte sich zur Welt-Sozialkrise entwickeln /
Allerorten sind nach dem Lehman-Crash vom 15.9.2008 Arbeitslosigkeit und
Armut gestiegen / Ein 5. Krisen-Blog ***

BERLIN/PARIS – 19.9.2009 (kh/d-radio/sp). Im Zuge der Weltwirtschaftskrise II bewegen wir uns jetzt auch in Europa auf eine Sozialkrise zu. Das erwartet u. a. der Internationale Währungsfonds (IWF). Trotz Kurzarbeitsgeld werden demnächst auch in Deutschland viele Unternehmen in die Insolvenz gehen. „*Der Finanzkrise folgt also nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialkrise, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat*“, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn dem *Spiegel* (Heft 38/2009, Seite 121). Und daher werde die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Mitte 2010 werde sie am höchsten sein, konstatiert Strauss-Kahn.

Die OECD erwartet für 2010 in Deutschland ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 12 %, was mehr als 5 Mio. Arbeitslose bedeutet. In den nächsten Monaten werden also mehr als 1,5 Millionen Menschen ihren Job verlieren, nur weil die Banker ‚Casino‘ spielen und ihnen keiner auf die Finger schaute. Dadurch wird die Armut auch hierzulande, die sich bereits aufgrund unzulänglicher Hartz-Gesetzgebung ([02][03], z. B. unterbezahlte Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs) eingenistet hat, weiter steigen.

Das DeutschlandRadio Kultur hat in der letzten Nacht in einer „Lange Nacht von der Armut“ schon mal den bereits heute von der Politik erreichten Zustand in vielen Einzelheiten beschrieben. Die Wut der zu Wort gekommenen Betroffenen ist verständlich, und sie wird ebenfalls ansteigen, zumal falls tatsächlich Schwarz-Gelb das Land nicht christlich sondern marktradikal regieren sollte.

Das 1. Jahr nach dem L-Crash

► 21.–26.9.2009 (kh/d). Nach gut einem Jahr der Beobachtung endete vor einer Woche mein 4. Krisen-Blog [10] zur Finanzkrise alias Finanzmarktkrise alias Bankenkrise alias Wirtschaftskrise alias System-

krise. Die Weltwirtschaftskrise II hat sich allerorten verschärft, und ein Ende ist noch immer nicht absehbar, auch wenn manche kleine Anzeichen auf eine Verbesserung hindeuten mögen. Daß die Aktienkurse an den Börsen wieder neuen Höhen zustreben, sagt jedenfalls recht wenig über die wahre Situation der Volkswirtschaften aus. Nur 1 Jahr nach dem Lehman-Crash haben sich die Finanzmärkte und die Wirklichkeit schon wieder entkoppelt. Und da das Spekulieren wieder ‚in‘ ist, droht bereits die nächste Krise.

Irgendwie haben bislang alle Konjunkturprogramme noch nichts gebracht, es sei denn, daß sie Schlimmeres verhindert haben könnten. Das liegt vor allem daran, daß wir es diesmal mit einer im Bankenbereich selbst ausgelösten sehr fundamentalen Krise des Finanzsystems zu tun haben. Eine solche Krise kann nicht nur mit dem Kurieren an Symptomen bewältigt werden. Es bedarf eines fundamentalen Ansatzes, um das Finanzsystem auf solidere Füße zu stellen. Aber davon ist bislang kaum etwas zu erkennen, ob-

wohl die G20-Länder bereits dreimal konferierten (Washington 2008, London und Pittsburgh 2009). Die Regierungen der 20 wichtigsten Länder (G20) sind noch nicht bereit, weltweit auf das Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu setzen. Aber selbst in Deutschland wird davon sehr viel geredet, aber kaum danach politisch gehandelt.

„Was wir jetzt ganz dringend brauchen, das ist eine Rückverteilung von oben nach unten!“

Das sagen im Herbst 2009 große Teile der Nicht-Wähler plus Wähler der SPD + Linken + Grünen. Zusammen werden diese zwar nach der Bundestagswahl die Mehrheit haben, aber wieder nicht regieren können.

Wie es nun weitergeht, soll im folgenden 5. Krisen-Tagebuch beschrieben werden, das mit der 54. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über die Entwicklung der sozialen Folgen der Finanzmarktkrise sowie dem Ausmaß und die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftskrise II berichtet werden soll. Im 2. Jahr der eigentlichen Krise soll aber nur noch über als besonders wesentlich erachtete Ereignisse berichtet werden.

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügelten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- **Der Markt reguliert sich selbst.**
- **Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.**
- **Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.**
- **Verstaatlichung ist Sozialismus.**
- **Von der Globalisierung profitieren alle.**
- **Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.**
- **Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.**
- **Jede(r) ist seines Glückes Schmied.**
- **In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.**

13. Monat nach dem L-Crash 54. Woche nach dem L-Crash

► 21.09.2009 (khd/sp). Im aktuellen *Spiegel* (Heft 39/2009, ab Seite 152) wird im Artikel „**Im Kuckucksnest des Kapitalismus**“ eine Innenansicht der deutschen Tochter von Lehman Brothers geliefert. Und daraus ergibt sich, daß diese famosen Banker nicht einmal eine ordentliche Buchführung vornahmen.

► 21.09.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland sind die Reallöhne weiter gesunken.** Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben die Arbeitnehmer im laufenden Jahr im Schnitt 1,2 % weniger in den Taschen. Gründe für den Rückgang seien gefallene Nominallöhne, die verstärkte Kurzarbeit und gestrichene Sonderzahlungen, heißt es. Sinkende Löhne hat es in Deutschland bislang nur selten gegeben.

► 22.09.2009 (khd/hbl/info-radio). Die **Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert staatliche Unterstützung.** Die enormen Kosten durch die Weltwirtschaftskrise würden bislang ganz alleine von den Beitragszahlern geschultert, obwohl hierfür die Steuerzahler geradestehen müßten. Der BA-Verwaltungsrat hat deshalb an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben und darin die Forderung nach Zuschüssen des Bundes erhoben.

Eine Rückzahlung der bislang nur als Darlehen gewährten Unterstützung des Bundes wäre demnach „ohne eine deutliche Beitragsanhebung beziehungsweise arbeitsmarktpolitische Leistungseinschnitte völlig illusorisch“, heißt es in dem Schreiben. Das Bundeskanzleramt lehnte eine Stellungnahme zu dem (brisanten) Schreiben ab.

► 23.09.2009 (khd/d-funk). **Bisher 4,8 Mrd. Euro Staatshilfe:** Aus dem „Deutschlandfonds“ der Bundesregierung wurden bislang 2,64 Mrd. Euro an Krediten über die KfW-Staatsbank sowie 2,21 Mrd. Euro an Bürgschaften ausgegeben, wie heute das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. In mittelständische Unternehmen flossen etwa 3 Mrd. Euro. Der im März 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II gestartete Deutschlandfonds hat ein Volumen von 115 Mrd. Euro.

► 24.09.2009 (khd/tsp/d-radio). Vor dem Abflug nach Pittsburgh zum Weltfinanzgipfel der G20-Staaten haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) **klare Beschlüsse zur Reform der Finanzmärkte verlangt:** „Wir haben uns als Bundesregierung vorgenommen, daß wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen“, sagte die Kanzlerin. Man wolle daraufhinwirken, daß keine Bank mehr so groß sein dürfe, daß sie Staaten erpressen könne. „Das ist für mich der wichtigste Punkt“, sagte Merkel.

► 24.+25.09.2009 (khd/tsp/d-radio). **3. Weltfinanzgipfel der G20:** In Pittsburgh (USA) wollten die G20-Länder endlich neue strenge Regeln für die globale Finanzwelt beschließen und damit ihren Ankündigungen von Washington (15.11.2008) und London (2.4.2009) Taten folgen lassen.

Aber es kam nur ein recht bescheidenes Ergebnis heraus. Zwar beschlossen die G20 einige konkrete Schritte zur Verschärfung der Regulierung der Finanzmärkte, aber überzeugend wirkt das alles noch nicht.

Geeignet haben sich die G20 auf schärfere Vorschriften für die Eigenkapitaldeckung bei Banken, eine

Begrenzung der Boni für Banker, eine Vereinheitlichung der Buchhaltungsstandards sowie eine Reform der Stimmrechte des IWF. Das nächste G20-Treffen soll im April 2010 in Südkorea stattfinden. [Schöne neue Weltordnung][16]

► 27.09.2009 (khd/d-radio). **Bundestagswahl in Deutschland:** Die Große Koalition geht zu Ende. Die Union (CDU + CSU) plus FDP werden die nächste Bundesregierung bilden. Die SPD erzielte ein desaströses Wahlergebnis und muß zusammen mit der Linken und den Grünen in die Opposition. [Die Bundeswahl 2009][17]

55. Woche nach dem L-Crash

► 28.09.2009 (khd/d-funk). **Zwei Bundesländer sind besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen:** Baden-Württemberg und das Saarland. Dort stürzte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 1. Halbjahr 2009 um 10,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ab. Andere kamen glimpflicher davon. Dazu gehört auch Berlin, das nur um 2,3 % abstürzte, da es hier wenig Industrie gibt und die Dienstleistungsbranche mit 80 % dominiert.

► 28.09.2009 (khd/wiwo). Der Insolvenz-Beauftragte für Arcandors Versandhandelssparte Primondo will die Unternehmensgruppe mit dem Flaggschiff **Quelle nicht an einen ‚Heuschrecken‘-Investor** verkaufen. „Wir suchen keine Heuschrecke, die nur auf die schnelle Rendite schaut“, sagte Jörg Nerlich der *WirtschaftsWoche*. Die Heuschrecken Cerberus und Golden Gate sollen sich bereits für eine Übernahme von Quelle interessiert gezeigt haben.

► 30.09.2009 (khd/tsp/d-funk). **Der deutsche Maschinenbau ist in den letzten Monaten abgestürzt.** Im August 2009 wurde ein Auftragsrückgang von 43 % gegenüber 2008 verzeichnet, teilte der Verband VDMA in Frankfurt am Main mit. Man hoffe aber, daß nun die Talsohle erreicht sei. Eine Rückkehr zum Wachstum sieht diese wichtige Exportbranche jedoch noch nicht. Deshalb werde man weiter Stellen abbauen müssen, heißt es.

► 01.10.2009 (khd/bztg/dw). **400 Milliarden Euro Banken-Verluste drohen:** Ein Streßtest der EU bei 2009/10 ergab, daß wegen der Finanzkrise im schlimmsten Fall insgesamt Verluste von bis zu 400 Mrd. Euro möglich sein könnten. Das Verlustszenario umfaßt den Zeitraum 2009/10 und geht von sehr schlechten Wachstumserwartungen für die EU aus.

► 01.10.2009 (khd/d-funk). **Massiver Umsatzrückgang im deutschen Einzelhandel:** Das Statistische Bundesamt hat auf der Grundlage vorläufiger Zahlen den stärksten Rückgang seit Anfang 2008 festgestellt. Mit dem 4. Rückgang in Folge lag der Umsatz zu aktuellen Preisen um 3,5 % unter dem August 2008. In einzelnen Branchen wurden sogar Umsatzeinbrüche um 8,3 % beobachtet. Ob das ein Vorbote einer deflationären Entwicklung ist, sei noch unklar. Vielleicht warten viele Kunden darauf, daß manches noch billiger wird.

► 02.10.2009 (khd/d-radio). Am Hamburger Thalia-Theater erlebt Elfriede Jelineks Theaterstück zur Finanzkrise – „**Die Kontrakte des Kaufmanns**“ – eine umjubelte Premiere. Literaturnobelpreisträgerin Jelinek hatte das Stück seit seiner Urlesung mehrfach fortgeschrieben. In dieser ‚Wirtschaftskomödie‘ prangert die Schriftstellerin nicht nur betrügerische Banker, sondern auch gierige Kleinanleger an, die sich ein „Nichts“ für reales Geld andrehen ließen.

► 03.10.2009 (khd/d-radio). Die G7-Finanzminister haben bei ihrer Tagung in Istanbul vereinbart, daß alle aufgelegten **Hilfsprogramme vorerst bestehen bleiben**. Zunächst müsse „die Erholung der Wirtschaft sichergestellt“ sein, teilten die Finanzminister und Notenbankchefs der G7 mit.

56. Woche nach dem L-Crash

► 05.10.2009 (khd/d-radio). **Letzte Hauptversammlung der Hypo Real Estate (HRE).** Auf ihr wurden per Squeeze-out alle noch verbliebenen Privat-Aktionäre aus der Bank gedrängt. Sie werden mit 1,30 Euro pro Aktie entschädigt. Damit ist die Verstaatlichung der HRE perfekt. Auch eine Wahlerfolgstrunkene FDP konnte das nicht verhindern. Die HRE soll jetzt von der Börse genommen, mit weiteren Staatsgeldern in Milliardenhöhe versorgt, gründlich saniert und dann wieder verkauft werden.

► 05.10.2009 (khd/d-funk). **Bundespräsident Köhler warnt Schwarz-Gelb,** bei der weiteren Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu stark auf das „Prinzip Hoffnung“ (beim Wachstum) zu setzen. Es sei Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes „Immer-mehr“-Denken die Zukunft gewinnen kann, sagte der Bundespräsident in seiner Festrede zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin.

► 05.10.2009 (khd/d-radio). In Berlin beginnen die **Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, FDP und CSU** zur Bildung einer neuen Bundesregierung.

► 06.10.2009 (khd/welt). Nach Angaben der Weltbank sind die **Armuts-Folgen der Finanzkrise** besonders deutlich in den Entwicklungs- und Schwellen-Ländern zu beobachten. Rund 90 Mio. Menschen sind hier bislang wieder in die absolute Armut zurückgefallen. Die Kapitalströme von den Industrie- in die armen Länder sind ganz massiv eingebrochen.

Während im Jahr 2007 insgesamt rund 900 Mrd. Dollar zur Verfügung standen, fließt jetzt nur noch 25 % des Geldes in die betroffenen Länder. Der Tagesverdienst der ärmsten Einwohner dieser Staaten liegt unter 1,25 Dollar.

► 06.10.2009 (khd/d-radio). **Lettland steht vor dem Abgrund**: Der lettische Notenbankchef bezeichnete die Wirtschaft Lettlands als „klinisch tot“. Täglich gehen gut 200 Firmen bankrott, über 17 % beträgt derzeit die Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft ist allein im 1. Quartal 2009 um 18 % geschrumpft.

► 06.10.2009 (khd/nzz/d-radio). Angesichts der Wirtschaftskrise will der **Internationale Währungsfonds (IWF) mehr Kompetenzen**. „Wir brauchen ein breiteres Mandat“, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn heute auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Istanbul. Am Rande der Tagung kam es zu Demonstrationen mit Krawallen. Der IWF gilt vielen Aktivisten als Symbol für den globalen Kapitalismus, weil seine Unterstützung für arme Staaten lange Zeit an strenge und sehr schmerzhaftes Wirtschaftsreformen gekoppelt war.

► 06.10.2009 (khd/d-funk). Die Weltwirtschaftskrise hat einen positiven Nebeneffekt: Der **Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO2)** wird in diesem Jahr um 3 % zurückgehen. Das sei der größte Rückgang seit 40 Jahren, berichtet die Internationale Energieagentur (IEA) in einer Studie.

► 07.10.2009 (khd/d-radio). Am „**Welttag für menschenwürdige Arbeit**“ des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) protestieren im Norden rund 15.000 Auszubildende für bessere Berufsaussichten. Unbezahlte Praktika, Leiharbeit, befristete Stellen und schlechte Bezahlung seien bei jungen Menschen nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel, teilte die IG Metall Küste mit.

Schon jetzt arbeiteten 30 % der Unter-35-Jährigen zu unzumutbaren prekären Bedingungen. In Berlin

sagte DGB-Vorsitzende Michael Sommer, überall auf der Welt werde menschenwürdige Arbeit gebraucht, „die nicht wie Dreck behandelt wird“. Sommer bezeichnete Hartz IV als „organisierte Armut“.

► 08.10.2009 (khd/tsp). Mittelständische Unternehmen werden 2009 rund 700.000 Mitarbeiter entlassen. Das schätzen Creditreform-Experten, denn der deutsche **Mittelstand steht vor einer Pleitewelle**. Etwa 35.000 Unternehmen sind von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen, 2010 können sogar um die 40.000 weitere Pleiten erfolgen.

► 08.10.2009 (khd/dw). Der **US-Haushalt schließt mit einem Rekorddefizit ab**. In den USA endete das bis zum 30. September laufende Haushaltsjahr 2008/09 mit einem Defizit (nach vorläufigen Zahlen) von 1,4 Billionen Dollar (1.400 Mrd. Dollar). Das sind 9,9 % des BIPs. Ein solches Niveau gab es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Grund seien die Bankpleiten, Konjunkturprogramme und einbrechende Steuereinnahmen, teilte der US-Kongress mit.

► 10.10.2009 (khd/tsp/cnn). **Der Goldpreis erreicht immer neue Rekorde**. Das Publikum ist zutiefst mißtrauisch gegenüber der eingeschlagenen Finanzpolitik allerorten. Am 8. Oktober 2009 wurde das Gold mit einem Höchstpreis von 1050 US-Dollar pro Feinunze (31,1 g) notiert. Das sind rund 33.760 US-Dollar pro kg. Der Grund liegt vor allem in der anhaltenden Schwäche des Dollars wg. der enormen Verschuldung der USA. Es gibt jetzt Prognosen, daß der Goldpreis demnächst sogar auf 1400 US-Dollar und höher steigen könnte.

Wegen des gleichzeitigen Kurs-Verfalls des Dollars gegenüber dem Euro hat der Goldpreis in Euro aber kein Allzeithoch erreicht. Mit rund 710 Euro pro Feinunze liegt der Goldpreis jetzt noch gut 80 Euro niedriger als beim letzten Hoch im Februar 2009 (793 Euro). Im Jahr 2008 standen weltweit 3436 Tonnen Gold zur Verfügung, davon rund 70 % als neues Gold aus Minen und 30 % aus dem Recycling. Der gesamte Weltbestand an Gold ist nicht bekannt.

57. Woche nach dem L-Crash

► 15.10.2009 (khd/vzby). **Deutsche Finanzaufsicht in der Kritik**: In Deutschland hinkt die Finanzaufsicht beim Verbraucherschutz anderen europäischen Ländern hinterher und steht nicht im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Auftrag gegebenes Gutachten. „Die

neue Bundesregierung muß diese Regelungslücke dringend schließen“, fordert Vorstand Gerd Billen. Dabei müsse Verbraucherschutz ein gleichberechtigtes Aufsichtsziel werden.

Es dürfen künftig Finanz-Produkte und Anbieter in keinem Geschäftsbereich mehr ohne Zulassung und Aufsicht sein. Dies betreffe insbesondere den sogenannten Grauen Kapitalmarkt, der bisher weitgehend kontrollfrei existiert. Notfalls müsse die Finanzaufsicht auch befugt sein, bestimmte Geschäftsmodelle zu untersagen, fordern die Verbraucherschützer.

14. Monat nach dem L-Crash

► 16.10.2009 (khd/tsp). Berlins *Tagesspiegel* titelt: „**Schwarz-Gelb erklärt das Ende der Krise**“. „Union und FDP erhoffen sich durch die anspringende Konjunktur mehr Spielraum für ihre Steuerpolitik“, heißt es weiter. Allerdings wurde zuletzt nur eine minimale Verbesserung des deutschen BIPs um 0,3 % festgestellt. Erst 2010 werde sich zeigen, ob dieser Optimismus von Schwarz-Gelb gerechtfertigt war, sagen unabhängige Marktbeobachter.

► 16.10.2009 (khd/d-funk). **Mehr als 1 Milliarde Menschen hungern.** UNO und Welthungerhilfe schlagen Alarm: Noch nie haben so viele Menschen gehungert wie derzeit. Das ist statistisch gesehen jeder 6. Mensch auf der Erde. Hauptgrund für diese negative Entwicklung sei die Weltwirtschaftskrise, erklärte die UNO-Organisation FAO. Weil die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft integriert seien als noch vor 20 Jahren, seien sie auch viel anfälliger für Krisen auf den internationalen Märkten.

58. Woche nach dem L-Crash

► 19.10.2009 (khd/sp). In deutschen Banken schlummern mindestens noch **Risiken im Werte von 650 Mrd. Euro**. Das zitiert der *Spiegel* (Heft 43/2009, Seite 74) aus einer aktuellen Analyse der US-Bank Merrill Lynch. Das Papier sorgte in der Bundesregierung für Besorgnis. Merrill Lynch bezifferte den akuten Wertberichtigungsbedarf auf rund 60 Mrd. Euro, was 75 % des Eigenkapitals entspreche. Besonders betroffen sind: WestLB, Commerzbank, ING-Bank, BayernLB und LBBW.

► 19.10.2009 (khd/d-radio). **Für das Versandhaus Quelle ist das endgültige Aus gekommen.** Es gab keinen Investor, der die Arcandor-Tochter Primondo (Quelle-Dachgesellschaft) komplett kaufen wollte. Das teilte heute Abend der Insolvenzverwalter Görg

(des Mutterkonzerns Arcandor) mit.

Ein unternehmerischer Investor hatte sich nicht für Quelle interessiert. Und sogar Heuschrecken wie Golden Gate, Sun Capital, TPG und Cerberus zogen sich ganz schnell wieder zurück. Die Lage bei Quelle muß total desolat gewesen sein. Mit dieser Pleite werden mindestens 10.000 Arbeitslose erzeugt. 4000 Quelle-Mitarbeitern ist bereits zum 1. November gekündigt worden. Der große Ausverkauf beginnt.

► 20.10.2009 (khd/info-radio). **BAFin-Chef sagt Bankensterben voraus.** Jochen Sanio befürchtet, daß demnächst in Deutschland erneut Banken in Schwierigkeiten geraten könnten, denn das deutsche Bankensystem habe noch Überkapazitäten. Konkrete Namen nannte er nicht.

Der BAFin-Chef fordert deshalb die Abwicklung von nicht überlebensfähigen Banken durch den SoF-Fin als ausgebaute Behörde mit stärkeren Befugnissen.

► 20.10.2009 (khd/zt). Die EU richtet einen **Weisenrat für Systemrisiken** ein. Dieser wird bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main angesiedelt. Der Rat solle rechtzeitig Gefahren für das Finanzsystem als Ganzes erkennen, erhoffen sich die EU-Finanzminister.

Der Weisenrat ist Teil eines ehrgeizigen Maßnahmenkatalogs der EU. Das gesamte Gesetzespaket zur Verschärfung der Finanzaufsicht soll im Dezember vereinbart werden. Dazu gehören auch 3 EU-Behörden zur Kontrolle der Banken- und Versicherungsbranche sowie des Wertpapierhandels.

► 21.10.2009 (khd/ftd). **Schweden führt eine Stabilitätsgebühr ein.** Auf die jeweiligen Bankverbindlichkeiten wird eine Abgabe von 0,036 % fällig. Damit soll ein Kapitalstock angespart werden, der in Zeiten einer Finanzkrise zum Retten systemrelevanter Banken zur Verfügung steht. „Das Finanzsystem sollte in der Zukunft die eigentlichen Kosten tragen, die es der Gesellschaft aufbürdet“, sagen die Schweden und empfehlen, eine solche Gebühr weltweit einzuführen.

Da damit – anders als bei einer Transaktionssteuer (Tobin-Steuer, Börsenumsatz-Steuer) – der Transaktionsumsatz nicht bestraft wird, belaste es auch nicht die Liquidität, womit diese Gebühr auch nicht zur Abwanderung in andere Finanzzentren ermutige, heißt es.

► 24.10.2009 (khd/d-radio). **80. Jahrestag des großen Börsen-Crashes** an der Wall Street in New York. Damit begann 1929 die 1. Weltwirtschaftskrise. Der spekulativ völlig überbewertete Aktienmarkt der USA brach schlagartig zusammen, was weltweit viele Volkswirtschaften in schlimme Krisen stürzte. Es kam unter anderem zu Massenarbeitslosigkeit und einem massiven Rückgang des Welthandels. Es dauerte viele Jahre und bedurfte enormer Anstrengungen, bis sich die Weltwirtschaft wieder erholte.

59. Woche nach dem L-Crash

► 26.10.2009 (khd/d-funk). Die neue Regierungskoalition will die **Aufsicht über die Banken** bei der Deutschen Bundesbank konzentrieren. Damit droht der Bonner Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BAFin) ein erheblicher Verlust an Kompetenzen. Streit gibt es darüber, wer künftig die Versicherer überwachen soll. Unklar ist auch noch, wie und wer den Grauen Finanzmarkt kontrollieren wird.

► 27.10.2009 (khd/sp). Kommentatoren weisen auf eine sich abzeichnende **Inflations-Gefahr** hin. Zwar verbreite Schwarz-Gelb Optimismus, aber die deutsche Wirtschaft sei noch lange nicht gesund. Denn die Geldmenge wachse zu schnell, die Arbeitslosigkeit steige, weltweit flüchteten sich Regierungen in Protektionismus. Deutschland drohe ein Mini-Wachstum bei steigenden Preisen und dann die Stagflation (Stagnation + Inflation), heißt es bei Spiegel-Online: [Warum Deutschlands Motor noch lange stottert][18].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Nach der Bundestagswahl vom 27.9.2009 wurde Dr. Angela Merkel (55) heute vom Deutschen Bundestag zur **Bundeskanzlerin wiedergewählt**. Sie erhielt aber nur 323 Stimmen (51,9 %). Die „Wunschkoalition“ aus CDU/CSU + FDP stimmte also nicht geschlossen für Merkel, denn sie hat zusammen 332 Abgeordnete im Parlament. Am Nachmittag erfolgte die Vereidigung des neuen Bundeskabinetts [17].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Die schwarz-gelbe **Bundesregierung ist vereidigt**. Nun kann sie ihren – wie im Wahlkampf versprochen – „energischen Kampf“ gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise aufnehmen. Als erstes ist ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ geplant, das bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll.

Ob damit die Nachfrage deutlich angeregt werden kann, muß abgewartet werden. Vermutlich wird die FDP versuchen, im Gesetz bereits etwas von ihrer

Klientel-Politik zu realisieren, was dann kaum der Allgemeinheit dienen dürfte.

► 30.10.2009 (khd/d-radio). **Abkehr vom Zins?** Ein Initiativkreis aus christlichen Ökonomen und Theologen schlägt an der Paulskirche in Frankfurt am Main **„9,5 Thesen gegen Wachstumszwang und für ein christliches Finanzsystem“** an. Darin fordern sie die Kirchen auf, aus dem Zinssystem auszusteigen. „Zins und Zinseszins lassen Geldvermögen wachsen und setzen die Wirtschaft unter einen Wachstumszwang. Als Christen müssen wir aus dem gegenwärtigen Finanzsystem ausscheren“, heißt es. [Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?][19]

► 01.11.2009 (khd/ftd). **Großbritannien muß Großbanken zerschlagen**. Großbritannien will auf Druck der EU für mehr Banken-Wettbewerb sorgen. Deshalb sollen insgesamt rund 700 Filialen der Royal Bank of Scotland (RBS), der Lloyds Banking Group und der Northern Rock, an denen derzeit der Staat beteiligt ist, an ausländische Konkurrenten verkauft werden. So sollen „etwa drei neue Bankmarken“ geschaffen werden, sagte Schatzkanzler Alistair Darling.

60. Woche nach dem L-Crash

► 03.11.2009 (khd/d-radio). **Der EU-Reformvertrag von Lissabon nimmt seine letzte Hürde**. Als 27. EU-Land ratifiziert Tschechien den Vertrag. Nachdem am Vormittag das tschechische Verfassungsgericht in Brunn grünes Licht gegeben hatte, unterzeichnete am Nachmittag Präsident Vaclav Klaus (widerwillig) das Reformwerk. Damit kann der Lissabon-Vertrag – mit 11 Monaten Verzögerung – zum 1. Dezember 2009 europaweit in Kraft treten.

► 03.11.2009 (khd/info-radio). **General Motors (GM) will Opel behalten**. Das entschied heute der GM-Verwaltungsrat in Detroit. Damit ist der geplante Verkauf von Opel an Magna & Co. geplatzt. GM will nun Opel mit 3 Mrd. Euro selbst sanieren. 10.000 Opel-Mitarbeiter sollen ihre Arbeitsplätze verlieren. GM/Opel muß jetzt bis Ende November den deutschen Überbrückungskredit in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zurückzahlen und kann kaum noch mit der von Deutschland zugesagten Staatshilfe in Höhe von 4,5 Mrd. Euro rechnen.

► 05.11.2009 (khd/bbc). **Die Bank of England kauft weitere Giftpapiere auf**. Die britische Notenbank will in den nächsten 3 Monaten erneut Wertpapiere für bis zu 25 Mrd. Pfund aufkaufen, um der Kreditklemme Herr zu

werden. Erst kürzlich hatten sie ein Aufkauf-Programm über 175 Mrd. Pfund abgeschlossen. Das gesamte Volumen von 200 Mrd. Pfund entspricht mehr als 14 % der britischen BIPs. Es könnte sein, daß diese Geldspritze noch nicht ausreicht, denn Großbritannien wurde von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen.

► 06.11.2009 (khd/d-funk). **In Deutschland rollt die Insolvenzelle.** Die Wirtschaftskrise treibt die Zahl der zahlungsunfähigen Unternehmen weiter in die Höhe. Im August stieg nach Angabe des Statistischen Bundesamts die Zahl der Pleiten um 12,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat an. Die damit verbundenen Forderungen von Gläubigern erhöhte sich auf 4,3 Mrd. Euro. Ein Ende der Pleitenwelle ist nicht in Sicht.

► 06.11.2009 (khd/d-radio). Mit einer **Arbeitslosenquote von 10,2 % in den USA** wird ein neuer Höchststand erreicht, obwohl sich bereits in den USA die Wirtschaft wieder etwas erholt hat. Die US-Regierung plant nun ein weiteres Programm zur Ankurbelung der Konjunktur.

► 09.11.2009 (khd/d-funk). **Das Bundeskabinett beschließt ein Konjunkturpaket III**, das es „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ nennt. Selbst der schwarz-gelben Regierung wohlgesonnene Ökonomen schütteln darüber den Kopf. Denn der Gesetzentwurf enthält neben einer minimalen Erhöhung des Kindergelds auch einen neuen Subventionstatbestand, der vermutlich einen Steuerausfall von etwa 5 Mrd. Euro pro Jahr bewirken wird. Die Lobbyisten-gesteuerte FDP hat durchgesetzt, daß für die Hotel-Branche der Mehrwertsteuersatz ab 2010 von 19 auf 7 % herabgesetzt wird.

Die FDP will also das Schlafen in Hotel-Betten subventionieren! Und die Union läßt das zu. Es bleibt ein absolutes Rätsel, wie in diesen Krisenzeiten so etwas ein deutliches Wirtschaftswachstum hervorrufen kann. Wie soll damit eine große Nachfrage erzeugt werden? Die FDP hatte im Sommer noch lautstark gegen die Abwrackprämie bei den Autos gewettert, aber nun produziert sie ähnlich Dummes. Der *Spiegel* vom 16.11.2009 beschreibt, wie es zu diesem FDP-Coup „gegen alle ökonomische Vernunft“ kam (Heft 47/2009, Seite 82).

► 11.11.2009 (khd/sp). **Chinas Industrie ist wieder kräftig gewachsen.** Die Industrieproduktion zeigte im Oktober den stärksten Anstieg seit März 2008, was einem Anstieg von 16,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im September betrug der Zuwachs

noch 13,9 %. Das wird als Zeichen dafür gewertet, daß Chinas Volkswirtschaft die Krise größtenteils überwunden hat.

► 13.11.2009 (khd/ksta). Der Stahl-Konzern **Thyssen-Krupp verzeichnet hohe Verluste.** Das Geschäftsjahr 2008/09 wurde mit einem Vorsteuerverlust von 2,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Der Umsatz war von 53,4 (2007/08) auf 40,6 Mrd. Euro zurückgegangen. Thyssen hat bereits rund 12.000 Mitarbeiter entlassen.

► 13.11.2009 (khd/info-radio). **Die Bundesagentur für Arbeit erwartet für 2010 einen Fehlbetrag von 17,9 Mrd. Euro.** Nur 1,9 Mrd. davon können noch aus alten Rücklagen gedeckt werden. Für die restlichen 16 Mrd. Euro muß der Bund aufkommen.

15. Monat nach dem L-Crash

► 16.11.2009 (khd/d-radio). **Welternährungsgipfel in Rom.** Auf der Erde hungern über 1 Mrd. Menschen – so viel wie noch nie. Tagtäglich sterben etwa 16.000 Kinder an Unterernährung. In Rom wollen jetzt fast 200 Länder nach einer neuen Strategie gegen den massiv angewachsenen Hunger suchen.

Zum Auftakt des Hungergipfels der Vereinten Nationen wies der Papst daraufhin, daß schon wieder mit Lebensmitteln spekuliert werde. „*Hunger ist das grausamste und konkreteste Zeichen der Armut*“, erklärte das Kirchenoberhaupt. Der Finanzwirtschaft ist das egal.

► 17.11.2009 (khd/d-radio). **Die Wirtschaftskrise frißt in Deutschland 1,2 Mio. Jobs.** Seit Anfang 2009 sind bisher 1,2 Mio. Arbeitsplätze durch die Krise vernichtet worden, vor allem im Autobau, bei den Auto-Zulieferern und im Maschinenbau. Für das 1. Quartal 2010 wird eine weitere Entlassungswelle befürchtet.

► 18.11.2009 (khd/dw). **Die Wirtschaftskrise erhöht das Korruptions-Risiko.** Auf diesen Zusammenhang weist jetzt die Organisation Transparency International hin. In vielen Firmen werde nicht danach gefragt, wie ein Auftrag erlangt werde, heißt es.

► 19.11.2009 (khd/dw). Die OECD prognostiziert für Deutschland ein **Wirtschaftswachstum für 2010 von etwa 1,6 %** aufgrund wieder steigender Exporte. Auch das ifo-Institut und die Bundesbank sprechen von einer Erholung der deutschen Wirtschaft.

► 23.11.2009 (khd/sp). **Eine Billionenbombe tickt.** Im aktuellen *Spiegel* (Heft 48/2009, Seite 72–83) wird der Frage nachgegangen, warum nach der Jahrhundertkrise schon die nächste droht. „Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen – und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sie platzt“, heißt es. Das ist der Tat „Wahnsinn 2.0“.

► 25.11.2009 (khd/d-funk). **Auch 2010 wird das Kurzarbeitergeld verlängert gezahlt.** Das Bundeskabinett verdreifachte heute die gesetzliche Bezugsdauer per Sonderregelung von 6 auf 18 Monate. Die Bundesregierung erhofft sich davon eine geringere Zahl von Entlassungen.

► 26.11.2009 (khd/sp/d-funk). Das einst boomende **Emirat Dubai ist offensichtlich bankrott.** Weltweit sind Finanzhändler in Aufruhr geraten, da sich gestern Dubai für derzeit zahlungsunfähig erklärte. Dubai bat bei einer jetzt fälligen Staatsanleihe in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar um Rückzahlungsaufschub bis Mai 2010. Der Wüstenstaat mit seinen rund 1,2 Mio. Einwohnern soll insgesamt mit 80 Mrd. Dollar international verschuldet sein.

Besonders britische Banken sollen sich in Dubai stark engagiert haben. Ob von diesem Quasi-Staatsbankrott eine die Krise verschärfende neue Schockwelle ausgeht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. [20]

► 27.11.2009 (khd/hbl). Das *Handelsblatt* berichtet davon, daß **in deutschen Betrieben das Betriebsklima fast überall auf dem Gefrierpunkt** angekommen sei. Jeder sei sich selbst der Nächste. Von Solidarität zwischen den Mitarbeitern könne kaum noch gesprochen werden. Tatsächlich herrsche nun der Konkurrenzkampf.

► 29.11.2009 (khd/faz). Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) räsoniert unter dem Titel „**Banker an die Laternen!**“ über den Stand der Strafverfolgung in Sachen Schuld bei den Machern der Finanzkrise. „Doch die Straffjustiz tut sich schwer. Zwar ermitteln allerorten die Staatsanwälte. Aber bislang – zumindest in Deutschland – ist noch kein Banker vor Gericht gestellt worden“, konstatiert die FAZ im 15. Monat nach dem Lehman-Crash.

► 02.12.2009 (khd/zt/d-radio). In Brüssel einigten sich die EU-Finanzminister auf die Einrichtung 3 neuer

Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere. Allerdings soll Großbritannien weitreichende Kompetenzen der neuen Behörden verhindert haben. Das neue Überwachungs-System soll bereits im kommenden Jahr stehen. Das Europa-Parlament muß dem Kompromiß noch zustimmen.

► 03.12.2009 (khd/ard). Die EZB beginnt mit dem **Ausstieg aus der Liquiditätsschwemme.** So wird die EZB im 1. Quartal 2010 den krisenbedingt eingeführten Sechs-Monats-Tender in seiner bisherigen Form auslaufen lassen. Mit den Tender-Geschäften konnten sich Banken unbegrenzt Geld zum Leitzinssatz von 1,0 % von der Zentralbank leihen, um sich für einen bestimmten Zeitraum zu einem niedrigen und zugleich sicheren Zins bei der EZB zu refinanzieren. Es wird erwartet, daß Anfang 2010 der EZB-Leitzins angehoben werden wird.

► 07.12.2009 (khd/sp). Die Wirtschaftskrise hat bereits **weltweit 20 Mio. Arbeitsplätze gekostet.** Das sagen Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Gefährdet sind vor allem die Jobs von Geringqualifizierten, Älteren und Migranten. Deutschland hat die Krise der ILO zufolge besser verdaut als andere Industriestaaten. Das sei vor allem der Kurzarbeit zu verdanken, heißt es.

► 10.12.2009 (khd/dw). Die **EU berät über Hilfen für das hoch verschuldete Griechenland** und fordert ein Sparen und Reformen. In diesem Jahr wird die Neuverschuldung Griechenlands mit rund 13 % des Bruttoinlandsproduktes viermal so hoch sein, wie es nach dem Stabilitätspakt der Euro-Länder eigentlich zulässig wäre.

Die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wird inzwischen von internationalen Rating-Agenturen massiv in Zweifel gezogen. Griechische Staatsanleihen wurden von A- auf BBB+ heruntergestuft. Es werden nun Spekulationen gegen den Euro erwartet. Es droht Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung. [*mehr*]

► 10.12.2009 (khd/d-radio). Der deutsche **Preisindex (Inflationsrate) ist im November auf +0,4 % gestiegen.** Im Oktober hatte die Rate noch 0,0 % betragen, im Juli waren es sogar –0,5 %. [Grafik auf Seite 9]

► 12.12.2009 (khd/sp/d-funk). Das Repräsentantenhaus hat eine **weitreichende Finanzmarktreform für die USA** verabschiedet. Diese soll Wirtschaftskrisen in Zukunft verhindern.

Das Gesetzespaket wurde mit 223 zu 202 Stimmen angenommen. Die oppositionellen Republikaner stimmten geschlossen dagegen, da ihnen die Reformen viel zu weit gehen. Der Senat muß noch über die Reform abstimmen.

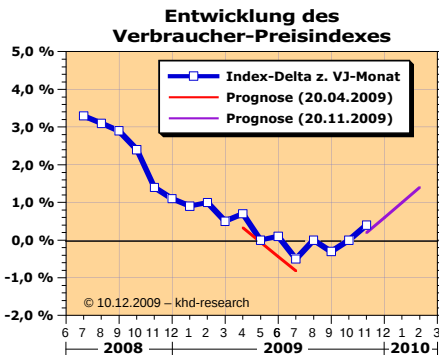
► 14.12.2009 (khd/hbl). **2010 wird Deutschland eine Rekordverschuldung erleben.** Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht für 2010 Ausgaben in Höhe von rund 325 Mrd. Euro vor, wovon rund 212 Mrd. Euro durch Steuereinnahmen gedeckt sind. Das bedeutet: Es ist eine Neuverschuldung von mindestens 113 Mrd. Euro erforderlich – so viel, wie noch nie seit 1945. Die Finanzplanung vom Juli 2008 sah für 2010 nur eine Neuverschuldung von 6 Mrd. Euro vor.

► 15.12.2009 (khd/d-radio). Die von Dubai ausgehende **Gefahr für die Finanzmärkte scheint gebannt.** Das ölreiche Emirat Abu Dhabi hat den Vereinigten Arabischen Emiraten mit einer Geldspritze von 10 Mrd. Dollar unter die Arme gegriffen.

16. Monat nach dem L-Crash

► 17.12.2009 (khd/rv). In München stellt der Sozialethiker und Erzbischof Reinhard Marx ein Expertenpapier „**Auf dem Weg aus der Krise**“ vor. Damit wollen die katholischen Bischöfe zu mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Debatte über die Bewältigung der Krise anregen. Marx sagte: „Die Krise ist eine Herausforderung, die meiner Ansicht nach in

Inflationsrate 2009



▲ **Verlauf der Inflationsrate seit 2008.** Bezogen ist der Index auf den jeweiligen Vorjahres-Monat (VJ). (Grafik: 10.12.2009 – khd)

ihre Bedeutung und Dimension noch immer unterschätzt wird. Und deswegen ist es meiner Ansicht nach wichtig, daß wir weiterhin dran bleiben und nicht meinen, es sei schon alles wieder vorbei. Im Gegenteil: Wir müssen wirklich, langfristig und im Blick auf die Armen versuchen, Maßnahmen zu ergreifen und zu denken.“ [21]

► 18.12.2009 (khd/info-radio). Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat „**Abwrackprämie**“ zum **Wort des Jahres 2009** gewählt. Als Abwrackprämie wurden staatliche Leistungen für das Verschrotten eines Kraftfahrzeugs beim Auto-Neukauf bezeichnet.

► 19.12.2009 (khd/sp). Der Ruf nach **Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise** wird lauter. Weltweit empören sich Politiker und Bürger über das Verhalten der Banken, die weitermachen, als sei nichts geschehen, nachdem sie von den Staaten vor dem Abgrund gerettet wurden. Es wird die Einführung von Straf-Steuern für Banken diskutiert.

► 20.12.2009 (khd/tsp). Im **Interview** [22] mit dem Tagesspiegel sagt Nikolaus Schneider (stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland):

„Wir müssen den Zusammenhang von **Freiheit und Verantwortung wieder herstellen**. Verantwortung bezieht sich erstens darauf, dass gesetzliche und ethische Regeln eingehalten werden. Zweitens muß verantwortlich mit den anvertrauten Gütern, also mit den Geldern, umgegangen werden. Und Verantwortung bedeutet drittens, dass wirtschaftliches Handeln nicht zur Zerstörung einer Gesellschaft oder zur Zerstörung der Biosphäre führen darf. Erst aus dieser Verantwortung kann Freiheit gestaltet werden.“

► 27.12.2009 (khd/d-radio/bild). Die Finanzkrise hat das **Vertrauen der Menschen in Politik und Wirtschaft stark geschädigt**. Rund 70 % der Befragten einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung zählen weder auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft noch auf die sozialen Sicherungssysteme. Rund

Von Dezember 2009 bis Februar 2010 mußte leider eine Pause bei der Recherche der Krisen-Stationen eingelegt werden. Es soll aber versucht werden, noch einige wichtige Fakten nachzutragen. Deshalb wurde hier noch etwas Platz gelassen, der aber inzwischen mit Ergänzungen gefüllt worden ist.

die Hälfte der Bürger stellt sogar die repräsentative Demokratie in Frage. Selbst die soziale Marktwirtschaft wird längst nicht mehr so positiv gesehen wie früher. Bereits 20 % votieren für einen Systemwechsel.

Der Vertrauensverlust setzt bereits früh ein. Während die Entscheider der 1960er- und 1970er-Jahre noch als „kompetent und glaubwürdig“ gelten, werden die 1990er- Jahre wegen der Globalisierung bereits mit „sozialer Ungerechtigkeit“, der „Förderung von Leistungseliten“ und eine „vom Bürger entkoppelte Interessensvertretung“ in Verbindung gebracht.

Mit der Gegenwart verbinden die Bürger „den profitgierigen Raubbau an Mensch und Umwelt und die Förderung von ungezügelmtem Egoismus“. Politikern werden „Machtgier“ und „leere Versprechungen“ vorgeworfen und Managern „Lobbyismus, Gier und Abkoppelung von der Wirklichkeit“.

► 11.01.2010 (khd/d-radio/sp). Die verstaatlichte **HRE will eine riesige Bad-Bank errichten**. In diese sollen Schrottpapiere mit einem Volumen von etwa 200 Mrd. Euro ausgelagert werden.

► 13.01.2010 (khd/dw). **US-Großbanken verneinen Schuld an Finanzkrise**. Das ergibt sich aus den Aussagen führender Bank-Manager von der Bank of America, Goldman Sachs, JP Morgan und Morgant Stanley vor dem US-Finanzkrisen-Ausschuß in Washington. Der Abschwung sei wie „eine sich selbst erfüllende Prophezeiung“ gewesen, sagte einer der Spitzen-Banker.

17. Monat nach dem L-Crash

► 22.01.2010 (khd/dw/d-funk). **Seit Dezember 2009 zeigt der Euro eine deutliche Schwäche**. Noch im November 2009 lag der Kurs bei gut 1,50 Dollar/Euro, inzwischen hat er sich auf Talfahrt begeben und liegt bereits rund 10 % tiefer bei um die 1,40 Dollar/Euro. Hauptursache ist die von Griechenland im Herbst 2009 offengelegte hohe Staatsverschuldung. Auch andere Länder der Euro-Zone (Portugal, Irland, Spanien und Italien) weisen einen bedrohlichen Schuldenstand auf.

Im Kern ist das Schwächeln des Euro die Folge eines Vertrauensschwunds internationaler Anleger. Außerdem stürzten sich sofort auch die Spekulanten – allen voran wieder einmal Hedge-Fonds – auf die europäische Währung. Weil sie der EU nicht zutrauen, das Problem zu lösen, schließen sie im großen Stil Kreditausfallwetten (CDS) auf griechische Staatsanleihen ab. Es waren letztlich solche CDS (Credit De-

fault Swaps), die 2007/08 ihre Zerstörungskraft entfalteten und zur Finanzkrise mit dem Lehman-Crash geführt haben. Droht nun bereits eine Neuauflage?

► 31.01.2010 (khd/d-radio). Das diesjähriger Weltwirtschaftsforum in Davos stand unter dem Motto „**Überdenken, umgestalten, erneuern**“. Es ging vor allem darum, wie die Welt nach der großen Finanzkrise aussehen soll. Der Veranstalter des Forums fürchtet, daß der Welt nun eine Sozialkrise droht: „Sie wird geprägt sein durch erhöhte Arbeitslosigkeit wie sinkende Kaufkraft.“

► 02.02.2010 (khd/sz/d-funk). **Deutsche Städte und Gemeinden haben mit einer dramatischen Verschlechterung ihrer Finanzlage zu kämpfen**. Das Defizit der kommunalen Haushalte betrug 2009 mehr als 4 Mrd. Euro. Für 2010, 2011 und 2012 erwartet der Deutsche Städtetag zweistellige Milliarden-Defizite. Hauptursache ist der dramatische Rückgang der Steuereinnahmen (Gewerbesteuer) sowie die höhere Last bei der Sozialhilfe und den Hartz IV-Empfängern (Arbeitslose). Viele Kommunen haben damit begonnen, Gebühren zu erhöhen und bei den Kulturangeboten drastisch zu sparen.

► 04.02.2010 (khd/welt). Etwa **40.000 deutschen Firmen droht 2010 die Pleite**. In Westeuropa werde die Zahl der Firmenpleiten trotz Konjunkturerholung auf etwa 210.000 steigen, prognostiziert die Wirtschaftsauskunftei Creditreform. Bereits im vergangenen Jahr legte die Zahl der Firmenpleiten in Westeuropa um 22 % auf 185.000 zu. In Deutschland stieg 2009 die Zahl der Pleiten um 16 % auf 34.300.

► 09.02.2010 (khd/d-radio). Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, daß die Berechnung der **Regelsätze des Arbeitslosengelds II** – bekannter als „Hartz IV“ – nicht verfassungsgemäß erfolgt ist. Die bislang gezahlten Leistungen verletzen das Grundrecht auf Gewährung eines „menschenwürdigen Existenzminimums“, heißt es im Urteil. Der spezifische Bedarf von Kindern sei überhaupt nicht ermittelt worden – auch gebe es keine Härtefall- Regelung. [24]

► 10.02.2010 (khd/taz). **Ökobanken wachsen trotz Finanzkrise**: Die Bochumer GLS und die Nürnberger Umweltbank berichten, daß ihre Bilanzsummen im vergangenen Jahr um rund 30 % gestiegen sind. Beide Institute gewannen 2009 eine große Anzahl an Neukunden. Die GLS konnte die Zahl ihrer Kunden um 11.000 auf 73.000 steigern. Für die Umweltbank entschieden sich 10.000 neue Anleger. Ihre Zahl stieg damit auf 80.000.

Und nun die Euro-Krise

Bevor es zur großen Sozialkrise kommt greift die Finanzmarkt-Mafia den Euro an / Die enorm gestiegene staatliche Schuldenlast nach dem Lehman-Crash hat nun Folgen / Der 5. Krisen-Blog geht weiter*

► 12.02.2010 (khd/hbl). **Börsianer zittern vor Finanzkrise 2.0:** Die finanzielle Schiefelage Griechenlands hat inzwischen auch die Aktienkurse nach unten getrieben, zumal für Griechenland noch keine Rettung in Sicht ist. Der DAX sank heute auf einen Stand von 5500.

► 13.02.2010 (khd/sp). Allein an der Chicago Mercantile Exchange wurden in dieser Woche für 10 Mrd. Dollar **Wetten auf einen fallenden Euro** abgeschlossen. „Mehr als je zuvor“, schreibt der *Spiegel* am 22.2.2010.

► 14.02.2010 (khd/d-radio). Die US-Banken **Goldman Sachs und JP Morgan haben beim Betrug der EU geholfen**. Mit ominösen Derivaten konnte so die enorme Staatsverschuldung Griechenlands (derzeit 12,7 % des BIP!) seit etwa 2000 verschleiert werden. Das bestätigt heute die *New York Times*, nachdem der *Spiegel* schon am 8.2.2010 darüber berichtet hatte. Auch Italien und andere europäische Staaten sollen mit Derivaten von US-Banken ihre Haushalte frisiert haben.

Damit trägt die Wall Street eine erhebliche Mitverantwortung an der Schwächung des Euros und der aktuellen Instabilität des Euro-Währungsraums. Goldman Sachs soll von Griechenland für seine „Dienste“ 300 Mio. Dollar erhalten haben. [23]

18. Monat nach dem L-Crash

► 16.02.2010 (khd/d-funk). Die EU-Kommission will zukünftig das **Schönen (Manipulieren) von Staatsschulden-Statistiken verhindern**. Dazu soll das europäische Statistikamt EuroStat ein Kontrollrecht gegenüber den nationalen Behörden erhalten.

Wäre das von vornherein eingeführt worden, hätte die durch Griechenland aktuell entstandene Euro-Krise verhindert werden können. Aber eine Mehrheit der EU-Staaten – darunter Deutschland – verhinderte vor Jahren solche wichtigen Kontroll-Befugnisse. Ein nun teuer zu bezahlender Fehler.

► 17.02.2010 (khd/div). Der gar nicht fürs Soziale zuständige Außenminister Westerwelle hat in den letzten Wochen eine **Verbal-Kampagne gegen Langzeitarbeitslose** gestartet. Er will den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen, um diese in Arbeit zu zwingen. Allerdings verlor der FDP-Chef kein Wort darüber, wann und wie die erforderlichen 3,5 Mio. Arbeitsplätze hierzulande entstehen sollen – doch wohl nicht durch das Märchen von den alleslösenden Steuersenkungen.

Oder will die FDP nun 10-Cent-Jobs einführen? Politikbeobachter sagen, ein Westerwelle wolle mit seinen Stammitsch-Sprüchen („anstrengungslosen Wohlstand“, „spätromische Dekadenz“) nur von den wirklichen Problemen ablenken. So verlöre er beispielsweise kein einziges Wort über die kriminell agierenden (Währungs-)Spekulanten, die – ohne zu arbeiten – „anstrengungslos reichlich Geld durch dekadente Geschäfte“ an den Finanzmärkten machen dürfen und damit ganze Volkswirtschaften der Euro-Zone in den Ruin treiben könn(t)en. [26]

► 18.02.2010 (khd/d-funk). Die **US-Notenbank erhöht den Zinssatz** für Übernachtkredite von 0,5 auf 0,75 % und verteuert damit Notkredite für Banken. Die FED beginnt damit die Rückführung der Zinsen in Richtung eines normalen Niveaus.

► 18.02.2010 (khd/opinio). Im **Opinio-Blog** weist ein Leser daraufhin, daß es demnächst in den USA wg. des Leerstands bei **Gewerbe-Immobilien zu einer Rekord-Ausfallquote bei den Darlehen** kommen wird.

*** Es zeigte sich, daß im Rahmen der Finanzkrise die Gemeinschaftswährung Euro wg. der enormen Staatsverschuldung in sehr große Gefahr geraten ist.**

Angesichts dieser Entwicklung wurde der Titel ab der 33. Folge des Krisen-Blogs „Die Finanzkrise geht weiter“ (Untertitel) vom 16. Februar 2010 in „Und nun die Euro-Krise“ geändert.

men könnte. Diese Immobilien-Blase sei mit 6,7 Billionen Dollar höher als die der Subprime-Krise von 2007/08 (nur 1,3 Billionen Dollar). Damit bereite sich die nächste Finanzkrise vor.

► 22.02.2010 (khd/sp). Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtet im Artikel „**Spiel mit höchstem Risiko**“ (Heft 8/2010, Seite 64–68) über die Hintergründe des Verfalls des Euros. Im Großstil zocken seit einigen Wochen Spekulanten mit den Schulden ganzer Länder – vor allem von Griechenland. Hilfen der EU in Höhe von etwa 25 Mrd. Euro für Griechenland sind unausweichlich. Der Euro-Kurs betrug am Freitag (19.2.2010) 1,35 Dollar/Euro. [[Die EURO-Sorgenländer](#)]

► 22.02.2010 (khd/sp). Die **Commerzbank kämpft weiterhin mit den Folgen der Finanzkrise**. Die Bank, an der der Bund mit rund 25 % beteiligt ist, erzielte 2009 einen Verlust von mehr als 2,2 Mrd. Euro. Demgegenüber hat der Wettbewerber Deutsche Bank 2009 schon wieder 5 Mrd. Euro verdient.

► 24.02.2010 (khd/d-radio). Die **Wirtschaftskrise hat sich 2009 erheblich stärker auf den deutschen Staatshaushalt ausgewirkt** als bislang angenommen. Das Defizit betrug im vergangenen Jahr 79,4 Mrd. Euro (Bund 39,6 Mrd., Länder 20,2 Mrd., Gemeinden 7,5 Mrd. und Sozialversicherung 12,1 Mrd. Euro). Es liegt damit bei 3,3 % des BIP. Damit verfehlt Deutschland 2009 seit 2005 erstmals wieder die Maastricht-Grenze von 3 %. Für 2010 wird eine noch höhere Überschreitung um 5 % erwartet.

► 24.02.2010 (khd/d-radio). **Generalstreik in Griechenland**: Anlaß sind die von der EU verordneten harten Sparmaßnahmen, die die enorme Staatsverschuldung abbauen sollen. Griechenland soll innerhalb von nur 3 Jahren das Staats-Defizit in Relation zum BIP von derzeit 12,7 % um 9,9 % auf 2,8 % zurückführen. Es gibt erhebliche Zweifel daran, ob das aus eigener Kraft und ohne soziale Unruhen gelingen kann. In Griechenland macht sich Zorn auf die anderen Europäer breit.

► 25.02.2010 (khd/hbl). Der staatliche Bankenrettungsfonds **SoFFin hat 2009 einen Verlust von bis zu 4 Mrd. Euro** erlitten. Zwar wurden rund 650 Mio. Euro an Gebühren für Kreditgarantien eingenommen, denen stehen aber erhöhte Wertberichtigungen auf von der Hypo Real Estate (HRE) übernommenen Anteile gegenüber. Der SoFFin hat bislang rund 28 Mrd. Euro frisches Eigenkapital ausgegeben.

► 28.02.2010 (khd/d-funk). Die **Spekulanten haben nun auch das britische Pfund entdeckt**. Seit Anfang 2010 befindet sich der Kurs des Pfundes auf deutlicher Talfahrt und beträgt derzeit nur noch um die 1,50 Dollar/Pfund (etwa 1,10 Euro/Pfund). Für Großbritannien wird für dieses Jahr ein Defizit von rund 13 % des BIPs erwartet – mehr als in Griechenland.

► 01.03.2010 (khd/d-radio). Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker hat als Chef der Euro-Gruppe **den Euro-Spekulanten gedroht**, die die EU-Währungsunion in Bedrängnis gebracht haben: „*Wir haben die Folterwerkzeuge im Keller, und wir zeigen sie, wenn es nötig ist.*“ Außerdem müsse das Primat der Politik wieder gestärkt werden, um die Finanzmärkte stoppen zu können.

Um welche Werkzeuge gegen den wirren CDS-Handel es sich dabei handelt, sagte er leider nicht. Unabhängige Experten sagen, daß es diese gar nicht gebe, weil Lobbyisten aus der Finanzwelt das bislang zu verhindern wußten. Unterdessen untersucht bereits die deutsche Finanzaufsicht BAFin Praktiken und Ausmaß der Spekulationen gegen Griechenland. Und die US-Notenbank und die US-Börsenaufsicht sollen damit begonnen haben, die Rolle von Goldman Sachs bei der Vertuschung des griechischen Haushaltsdefizits unter die Lupe zu nehmen.

► 03.03.2010 (khd/info-radio). In Deutschland sind erstmals seit 1949 die **Brutto-Verdienste zurückgegangen**. Das teilt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Danach sank der durchschnittliche jährliche Brutto-Verdienst 2009 um 0,4 % auf 27.648 Euro. [[Entwicklung der Brutto-Verdienste seit 2000](#)][29]

► 04.03.2010 (khd/ftd). Die *Financial Times Deutschland* widmet sich in dem langen Artikel „**Wie Juristen die Finanzkrise aufarbeiten**“ [30] der Aufklärungsarbeit von Anwälten und Staatsanwälten. Im Visier der Strafverfolger stehen Manager der BayernLB, der HSH Nordbank, der Hypo Real Estate, der IKB, der Landesbank Baden-Württemberg und der SachsenLB. Bislang ist noch keine einzige Anklage erfolgt.

► 05.03.2010 (khd/d-radio). „**Wir werden etwas gegen die Spekulanten unternehmen und ihnen das Handwerk legen**“, empört sich Bundeskanzlerin Merkel. Sie meint damit die destruktiven Euro-Spekulanten wie FX Concepts, SAC Capital, Soros Fund Management, Brigade Capital und die vielen anderen, die sich der kriminell-

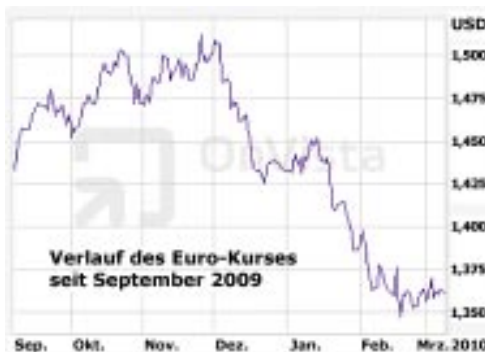
len Zockerei gegen den Euro angeschlossen haben. Das Publikum ist nun gespannt darauf, wie und wann das mit einer (neo-liberalen) FDP an Bord gelingen soll. [Von der Unfähigkeit der Politik][32]

► 05.03.2010 (khd/ard). Die **BAFin kontrolliert jetzt die Rating-Agenturen**. Das steht in einem neuen Gesetz, das heute den Bundesrat passierte. Die Rating-Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch gelten als Mitschuldige an der Krise. Die Kosten für ihre Überwachung müssen die Agenturen selbst tragen. Ab 2011 wird eine neue EU-Aufsichtsbehörde die Aufsicht über die Rating-Agenturen übernehmen.

► 08.03.2010 (khd/d-funk). Die **Bundesregierung bereitet eine Sonderabgabe für Banken vor**. Damit sollen die Kredit-Institute an den Kosten der Krise beteiligt werden. Bis April soll eine entsprechende Regelung vorlegt werden. Schweden erhebt bereits eine jährliche Gebühr als Vorsorge für Krisenzeiten. In den USA wird ähnliches geplant. Der Internationale Währungsfonds (IWF) koordiniert Vorschläge und Pläne, um ein international abgestimmtes Verfahren zu erreichen.

► 12.03.2010 (khd/welt). Die britische Zeitschrift *The Economist* staunt über die deutsche Krisenbewältigung. Es gebe **ein deutsches Wirtschaftswunder in der Krise**. „Die Welt kann von Deutschland einige wichtige Lektionen lernen“, schreibt das Magazin: „Der gefragteste deutsche Exportartikel könnte das deutsche Modell selbst werden.“ [31]

Der Euro-Absturz



▲ *Der durch Spekulanten ausgelöste Absturz des Euros 2009/2010.* [27][28] (Grafik: 8.3.2010 – khd/ovvista)

► 12.03.2010 (khd/zt). **Lehman Brothers war bereits Wochen vor seinem Crash pleite**. Aus einem Prüfbericht, der vom zuständige Insolvenz-Gericht in Auftrag gegeben worden war, ergibt sich jetzt, daß die US-Investmentbank ihre Bilanz geschönt hatte, um die hohe Verschuldung zu verschleiern. Lehman war am 16. September 2008 unter einem Schuldenberg von mehr als 600 Mrd. Dollar kollabiert. Das Prüfergebnis wirft auch ein schlechtes Licht auf die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young, denen nichts aufgefallen war.

► 15.03.2010 (khd/d-radio). Die 16 Finanzminister der Euro-Zone einigen sich auf einen **Notfallplan für Griechenland**. Danach soll Griechenland im Falle des Staatsbankrotts bilateral mit Krediten geholfen werden, da der EU selbst eine Hilfe (Bail-out) nicht erlaubt ist. Allein diese Ankündigung könnte den Spekulanten das Wasser abgraben.

Außerdem ist langfristig die Einrichtung eines **Europäischen Währungs-Fonds (EWF)** vorgesehen, der innerhalb der Euro-Zone ähnlich wie der IWF arbeiten soll.

19. Monat nach dem L-Crash

► 16.03.2010 (khd/info-radio). Auch 18 Monate nach dem Lehman-Crash streiten sich die EU-Finanzminister noch immer um die **Kontrolle der Hedge-Fonds**. Statt nun endlich entschlossen zu handeln, lassen sie das Vorbereiten der nächsten Krise zu. Eine massive Regulierung der Heuschrecken ist bislang vor allem am Widerstand der Briten gescheitert.

Die Ursachen der Krise wurden bisher von der Politik nicht beseitigt.

► 16.03.2010 (khd/jw/info-radio). In Deutschland wird fast jeder 2. neue **Arbeitsvertrag nur noch befristet abgeschlossen**. Das ergab eine Analyse der Bundesarbeits-Agentur (BA). Danach arbeiteten 2008 bereits 2,7 Mio. nur noch auf zeitlich befristeten Stellen, was 8,9 % aller Erwerbstätigen sind.

BA-Chef Weise warnt deshalb vor der Ausweitung befristeter Jobs. Wenn dies zum Standard werde, sei das „für die Entwicklung unserer Gesellschaft verheerend“. Trotzdem plant Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eine erleichterte Befristung von Arbeitsverträgen.

► 16.03.2010 (khd/d-radio). In Düsseldorf beginnt ein **Strafprozess gegen den früheren Chef der IKB**. Es ist der 1. Prozess im Zusammenhang mit der Finanzkrise gegen verantwortliche Bankmanager. [Zum Fall der IKB] [39]

► 18.03.2010 (khd/sp). **ATTAC klagt die Bundesregierungen seit 1998 an**, sie seien verantwortlich für die Finanzkrise und deren Nichtbewältigung. In Berlin wird deshalb im April 2010 nach dem Vorbild des Londoner Russell-Tribunals von 1966 ein „Bankentribunal“ zur Aufarbeitung stattfinden. Die Finanzkrise habe weltweit die „Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört“, heißt es.

Am Tribunal wird auch der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach teilnehmen. Er begründete seine Teilnahme damit, daß sich die finanzwirtschaftlichen und politischen Eliten „um die notwendigen Konsequenzen aus der Krise“ drücken. *„Die einen basteln an finanztechnischen Reparaturen, die anderen intervenieren hektisch und schieben die Regulierung vor sich her.“* [33]

► 19.03.2010 (khd/d-funk). Der IWF rät der EU, einen **Krisenfonds für Banken** einzurichten. Dieser Krisenfonds sollte größtenteils von den Finanzinstituten selbst gespeist werden, sagte IWF-Chef Strauss-Kahn in Brüssel. Das Verursacherprinzip sei im Umweltschutz allgemein anerkannt – das gleiche Prinzip müsse auch auf den Finanzmärkten herrschen, heißt es.

► 22.03.2010 (khd/info-radio/d-radio). Die schwarz-gelbe Koalition hat sich auf eine **Pflichtabgabe für Banken in einen Krisenfonds** geeinigt. Die Abgabe soll sich an der Bilanzsumme abzüglich der Spareinlagen orientieren und 0,15 % davon betragen. Offensichtlich soll die schnelle Einigung die Wähler bei der im Mai anstehenden Wahl in NRW beeindrucken.

Kritiker sehen aber darin einen Freifahrtschein für die Banken, mit ihren gefährlichen Spekulationen so weiter zu machen, wie bisher: Die seien dann ja quasi staatlich „versichert“. Auch sei es in „höchstem Maße ärgerlich“, wenn die Regierung Vorsorge für die nächste Krise schaffe, ohne zunächst „sehr energisch die bekannten Ursachen der aktuellen Krise zu beseitigen“, heißt es.

Auch werden die Banken die Abgabe nicht aus ihren Gewinnen bestreiten, sondern diese den Bankkunden in der Form höherer Gebühren ‚aufs Auge drücken‘, heißt es. *„Was noch immer fehlt, ist eine umfas-*

sende Regulierung des gesamten Finanzmarkts.“ Aber hierbei sei „Schwarz-Gelb ein Totalausfall“. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, daß die nächste Spekulationsblase platzt und die Volkswirtschaften noch tiefer in die Krise getrieben werden.

► 24.03.2010 (khd/sz). Um ihr schwer angeschlagenes Image aufzupolieren, plant die Bundesregierung jetzt ein eigenes **Insolvenzrecht für marode Banken** einzuführen. Damit sollen künftig Banken schneller saniert und notfalls zerschlagen werden, womit der Schaden für den Steuerzahler begrenzen werden soll.

Die Bankenaufsicht (künftig bei der Bundesbank angesiedelt) könnte danach systemrelevante Teile einer Bank auf eine staatliche „Brückenbank“ übertragen, heißt es. Diese Brückenbank würde die entsprechenden Geschäfte fortführen, um Finanzmarktstörungen zu verhindern. Die übrigen, nicht systemrelevanten Betriebsteile würden zugleich liquidiert. Das ist eine Idee, über die hier bereits im April 2009 berichtet wurde: [Viele ‚Good Banks‘ braucht die Welt]

► 25.03.2010 (khd/d-radio). Der EU-Gipfel gibt ein **Signal an die Finanzmärkte**, daß Griechenland im äußersten Notfall auf Beistand der Euro-Gruppe zählen könne. Geld soll nun nur dann fließen, falls Griechenland „unmittelbar vor dem Bankrott steht“ und gleichzeitig den Internationalen Währungsfonds (IWF) anzapft. Gegen die Einbindung dieser globalen Finanzfeuerwehr, bei der die USA bei allen Entscheidungen mitbestimmen, hatte es zuvor erhebliche Vorbehalte mehrerer EU-Staaten und der Europäischen Zentralbank (EZB) gegeben.

► 27.03.2010 (khd/d-funk). Die **Bankpleiten in den USA** steuern auf einen neuen Rekord zu. Gestern wurden 4 weitere Regionalbanken geschlossen, denen das Geld ausgegangen war. In diesem Jahr ist damit die Gesamtzahl der Bankpleiten in den USA auf 40 angestiegen. Im gesamten Jahr 2009 waren es 140 vor allem kleine US-Institute, die in den Wirren der Finanzkrise aufgeben mußten.

In Deutschland hingegen wurde bislang allen Banken in Schieflage wie der SachsenLB, IKB, HRE, HSH Nordbank, WestLB, Sal. Oppenheim, BayernLB irgendwie geholfen.

► 30.03.2010 (khd/d-radio). Hinweis des *DeutschlandRadio Kultur* auf ein wichtiges Buch zur Finanzkrise: **„Die Rückkehr des Meisters – Keynes für das 21. Jahrhundert“** von

Robert Skidelsky. Hierin analysiert der Autor die Krise, nennt Roß und Reiter und liefert Vorschläge zur Überwindung der Krise. [34]

► 30.03.2010 (khd/hbl). Das Handelsblatt berichtet über einen Brief der Spitze der G20. Darin mahnen die 5 Staats-Chefs der USA, Kanada, Südkorea, Großbritannien und Frankreich an, daß die größten Wirtschaftsmächte die 2009 vereinbarten **Wirtschafts- und Finanzreformen zügig in nationales Recht umsetzen** müssen, was bislang noch nicht geschehen ist.

Der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, hatte die G20 erst unlängst ermahnt, bei der globalen Regulierung der Finanzmärkte nicht nachzulassen. Die G20-Spitze setzt dafür nun konkrete Termine: So sollen die verschärften Basel-III-Eigenkapitalvorschriften für Banken bis Ende dieses Jahres entwickelt werden und bis Ende 2012 in nationales Recht umgesetzt sein. Bis Ende 2012 soll auch der Derivate-Handel standardisiert und an die Börse gebracht werden. Es wird also alles noch einige Zeit dauern, und die nächste Krise könnte dazwischenfunken.

► 31.03.2010 (khd/dw). Die Kurzarbeit hat in Deutschland dazugeführt, daß die **Arbeitskosten pro Stunde gestiegen** sind. Sie liegen 2009 mit 30,90 Euro pro Stunde knapp über dem Durchschnitt der 27 EU-Länder. Diese Steigerung um 4,1 % ist aber ein statistisches Phänomen, da es einen erheblichen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden durch Kurzarbeit gegeben hat. [35]

► 01.04.2010 (khd/sp). **Für die Börsianer ist die Finanzkrise vorbei**, glauben sie. Denn heute erreichte der DAX mit 6235,56 den höchsten Stand seit der sagenhaften Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers (15.9.2008). Am letzten Börsentag vor dem Lehman-Crash lag der DAX bei 6234,89 (12.9.2008).

► 04.04.2010 (khd/dw). Die **Weltwirtschaft ist noch nicht über den Berg**, auch wenn es das eine oder andere Anzeichen für eine Besserung der Lage gebe. Das stellt der IWF fest. Der IWF warnt zudem vor zuviel Optimismus, da die private Nachfrage noch nicht stark genug sei, um das erwartete Ende der langandauernden Rezession zu signalisieren.

In der Euro-Zone wird das Wachstum der Wirtschaftsleistung (BIP) laut IWF wegen der Finanzkrise in Griechenland 2010 mit 0,8 % und 2011 mit 1,5 % weniger stark zulegen als bisher vermutet.

► 05.04.2010 (khd/info-radio). Am Handeln der **Investment-Banken wird massive Kritik** geübt. So sagte der Präsident des Sparkassenverbandes, Thomas Mang: „*Mich ärgert, daß bei den Investment-Banken schon wieder neue Ideen entwickelt werden, wie man auch künftig wieder schnelles Geld verdienen kann.*“

► 07.04.2010 (khd/ftd). Die US-Bank **Goldman Sachs steht auch in den USA unter Kritik**. Vorgeworfen wird den Investment-Bankern, daß sie sich u. a. während der Turbulenzen auf Kosten ihrer Kunden bereichert hätten. Bank-Chef Blankfein hat jetzt alle Vorwürfe zurückgewiesen. Man habe nicht „gegen unsere Kunden gewettet“, beteuerte er. Aber wer glaubt noch einem Banker einer Bank, die sogar die EU mit Tricks hinters Licht geführt [25] hat.

► 07.04.2010 (khd/zt). Der frühere Chef der US-Notenbank, **Alan Greenspan** („Mister Dollar“), ist im Ansehen der Öffentlichkeit tief gesunken. Auf der Liste der Sündenböcke landet Greenspan gleich hinter den Zockern.

Der Hauptvorwurf: Mit seiner jahrelangen Niedrig-Zins-Politik habe er die Blase am Häusermarkt erst ermöglicht und so die Finanzmarktkrise heraufbeschworen. Auch im Untersuchungsausschuß des US-Parlaments kam ihm heute kein „Sorry“ über die Lippen.

► 08.04.2010 (khd/sp/dw). **Die Griechenland/Euro-Krise eskaliert**. Die schönen Worte der EU-Politiker von Ende März haben nicht geholfen. Die Finanzmärkte konnten damit nicht mehr beruhigt werden – die Spekulationen laufen weiter. Inzwischen erreichen der Zins-Aufschlag für 10-jährige Griechenland-Anleihen immer neue Rekordhöhen (zuletzt +4,2 %, d. h. es müß(ten) bereits 7,5 % Zinsen gezahlt werden). Der Eurokurs betrug heute 1,33 \$/Euro.

Griechenland (und der Euro) kann nun nur noch mit Geldern des IWF und der EU gerettet werden. Das heißt, auch Deutschland wird einen Beitrag in Milliardenhöhe leisten müssen, durch Zahlungen an den IWF und durch bilaterale Kredite an Griechenland. Immerhin erhält Deutschland dafür auch Zinsen. Offensichtlich arbeitet man in Brüssel bereits intensiv an der Konkretisierung des vereinbarten Notfallplans (Umfang und Zinshöhe).

► 11.04.2010 (khd/tsp/info-radio). **Europa verspricht Griechenland bis zu 30 Mrd. Euro**. Die 16 Finanzminister der Euro-Zone haben sich auf einen konkreten Notfallplan ge-

einigt. Zusammen mit IWF-Mitteln könnte sich das Hilfspaket im ersten Jahr auf 45 Mrd. Euro belaufen. Der Zinssatz soll bei 5 % liegen, also unter dem derzeitigen Marktpreis.

Deutschland wird etwa 8 Mrd. Euro davon beizutragen haben, falls Griechenland die Hilfen anfordert. Das soll nun endlich für Ruhe an den Finanzmärkten sorgen. Es spricht aber manches dafür, daß Griechenland schon im April die Hilfen abrufen.

► 12.04.2010 (khd/tsp). Im Tagesspiegel-Interview [36] kündigt Wirtschaftspräsident Joachim Starbatty eine **erneute Verfassungsklage** an, falls Deutschland tatsächlich an Griechenland Gelder auszahlt. Starbatty hatte 1997 mit Kollegen gegen die Modalitäten der Einführung des Euro geklagt – ohne Erfolg. Starbatty glaubte nie an das Politiker-Versprechen, der Euro werde so hart wie die Mark.

Der Euro-Stabilitätspakt war ohne wirksame Kontrollmöglichkeiten vereinbart worden. Die durch die hohe Verschuldung Griechenland ausgelöste Euro-Krise legte diesen Mangel 2009 schonungslos offen. [36]

► 12.04.2010 (khd/tsp). Zur **Lösung der Euro-Krise** empfiehlt Wirtschaftspräsident Joachim Starbatty, Griechenland solle aus der Euro-Zone (nicht aus der EU) ausscheiden, wieder die Drachme einführen und diese um etwa 40 % abwerten. [37]

Ein solcher Weg würde einen späteren Wiedereintritt eines sanierten Griechenlands in die Euro-Zone nicht ausschließen. Warum der Euro-Stabilitätspakt von 1996 bei schweren Verstößen kein Zwangsausscheiden von Ländern vorsieht, ist fahrlässig gewesen.

► 12.04.2010 (khd/info-radio). Island legt als erstes Land eine umfassende **Untersuchung zur Finanzkrise** vor. In dem 2000-Seiten-Werk wird vor allem der Frage nachgegangen, welche Politiker am Desaster Schuld sind. Danach hat die frühere isländische Regierung maßgeblich Schuld an der Krise. Es seien die Schlüsselfiguren um die konservative Unabhängigkeitspartei gewesen, die das Land seit der Unabhängigkeit 1945 prägten und die Verantwortung trügen, teilte die Ermittlergruppe mit. Nach dieser isländischen Aufklärungsarbeit soll nun ein Sonderermittler die Machenschaften der Banker des Landes untersuchen.

► 13.04.2010 (khd/info-radio). Offensichtlich haben sich die **Finanzmärkte in Sachen Griechenland** zunächst etwas beruhigt. So konnte heute Griechenland

problemlos eine kleine Charge (gut 1 Mrd. Euro) neuer Kurzfrist-Anleihen am Markt platzieren, muß auch nur etwas unter 5 % an Zinsen dafür zahlen. Der Euro stieg heute auf rund 1,36 \$/Euro.

Eine Euro-Bergfahrt wird aber nicht erwartet, denn die Euro-Krise ist noch längst nicht ausreichend bekämpft. Die Nagelprobe kommt bis Mitte Mai, wenn Griechenland längerfristige Anleihen im Nennwert von 20 Mrd. Euro zur Refinanzierung alter Schulden ausgeben muß.

► 13.04.2010 (khd/sp). Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat heute im Rahmen seines Finanzstabilitätsberichts ein Papier „**Systemic Risk and the Re-Design of Financial Regulation**“ veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die bislang eher neoliberal orientierten IWF-Experten den Finanzmärkten nunmehr Fesseln anlegen wollen – durch strenge Kontrolle systemisch wichtiger Banken und Regulierung der Kapitalflüsse. [IWF will Finanzbranche Fesseln anlegen][38]

► 14.04.2010 (khd/d-funk). Die Bundesregierung beabsichtigt die **Kurzarbeit-Regelung noch einmal zu verlängern**. Ein Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums sieht eine Verlängerung bis Ende Juni 2012 vor, um damit Kündigungen in den Unternehmen zu vermeiden. Die Mehrausgaben werden auf etwa 1 Mrd. Euro geschätzt. Die intensive Nutzung der Kurzarbeit hat dazu beigetragen, daß bislang die Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise nur relativ gering angestiegen ist.

20. Monat nach dem L-Crash

► 16.04.2010 (khd/fr/info-radio). Die US-Börsenaufsicht SEC **erhebt Anklage gegen Goldman Sachs wg. Betrugs**. Die SEC wirft der Investmentbank vor, Kunden bei der Vermarktung von synthetischen verbrieften Hypothekenkrediten (CDO) im Volumen von 2 Mrd. Dollar massiv getäuscht zu haben. Die Bank habe den Kunden verschwiegen, daß gleichzeitig ein großer Hedge-Fonds (Paulson & Co) auf den Wertverfall diese „Abacus“-Papiere wettete.

Das energische Vorgehen der SEC-Behörde gegen Goldman Sachs sollte andere Banken in Alarmstimmung versetzt haben. Denn viele hatten sehr ähnliche Finanzprodukte im Angebot – auch die Deutsche Bank. Zu den Goldman-Geschädigten gehört auch die deutsche Mittelstandsbank IKB, die 2008 u. a. deshalb mit staatlicher Hilfe **gerettet werden** [39] mußte. Der Bund und die

IKB wollen nun eine Schadensersatzklage gegen Goldman Sachs prüfen.

► 16.04.2010 (khd/hbl). **Die Großbanken machen Front gegen die Regulierung** der Finanzmärkte. So wollen sie eine Bankenabgabe zum Aufbau eines Krisenfonds nur dann bezahlen, wenn sich auch die Staaten daran beteiligen. Höhere Eigenkapitalvorschriften akzeptieren die Banken, wenn das Kriterium, was als Eigenkapital gilt, nicht allzu streng ausfällt. Sonst werde die Konjunkturerholung abgebremst, sagen sie.

Eine Zerschlagung von Großbanken lehnen die Großbanken grundsätzlich und unisono ab. Offensichtlich wollen sie ihr ‚To-big-to-fail‘-Privileg nicht verlieren. Auch eine Transaktionssteuer wird von den Großbanken abgelehnt. Die Politiker müssen also mal mit der Faust auf den Tisch des (Welt-)Hauses hauen, wenn sich wirklich etwas zum Besseren wenden soll.

► 16.04.2010 (khd/d-funk). **Obama verlangt strenge Derivate-Regulierung.** Der US-Präsident hat sein Veto gegen jedes Gesetz zur Finanzmarktreform angekündigt, falls darin nicht auch der Derivate-Markt reguliert wird. Derivate wie ABS oder CDOs gelten als hochspekulative Papiere, deren massiver Wertverfall ein wesentlicher Grund für die Finanzmarktkrise war.

► 20.04.2010 (khd/tsp/dw). **Griechenland bereitet den Hilferuf vor.** Das pfeifen jetzt die Spatzen vom Dach, denn Griechenland mußte erneut für Kurzfrist-Anleihen hohe Zinsaufschläge bezahlen. Für 10-Jahres-Anleihen gibt es im Börsenhandel derzeit 7,8 % Zinsen – Tendenz auf über 8 % steigend [Ed: am 30.4.2010 waren es dann schon über 15 %], was eigentlich durch die Ankündigung der EU-Hilfen verhindert werden sollte.

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist zudem stark angestiegen. Der IWF schaut inzwischen in die griechischen Bücher, um über mögliche Kredite und Konditionen entscheiden zu können. Der Euro verharret noch in der Gegend von 1,35 \$/Euro.

► 22.04.2010 (khd/d-radio). **Griechenlands Defizit ist größer** als bisher bekannt. Das ergab die Analyse der EU- und IWF-Experten vor Ort. Danach betrug 2009 das jährliche Staatsdefizit 13,6 % und nicht 12,7 % des BIPs. Nach den Maastricht-Kriterien der EU dürfen es nur maximal 3,0 % sein. Der Gesamt-schuldenstand Griechenlands stieg 2009 auf 115,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Das ist bereits die 3. Korrektur der Athener Daten innerhalb eines Jahres. Die Euro-Krise könnte angesichts dieses griechischen Finanzdesasters eskalieren und die Rufe nach dem Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Gruppe lauter werden. Aber Irland hat 2009 ein noch höheres Staatsdefizit mit 14,3 % des BIPs erreicht (Deutschland 3,3 %) . . .

► 23.04.2010 (khd/d-radio). Für Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) ist die **Wirtschaftskrise beendet**. Das erklärte er heute im Parlament, vermutlich mit Hinblick auf die NRW-Wahl am 9. Mai. Die Opposition widersprach und warf dem Minister „Schönrederei“ vor.

► 23.04.2010 (khd/d-radio). **Griechenland beantragt Notkredite bei der EU und IWF.** Im Gespräch sind zunächst Notkredite in Höhe von 30 Mrd. Euro von den Euro-Ländern und 15 Mrd. Euro vom IWF. Aber das werde nicht ausreichen, heißt es, sichert aber wirtschaftliche Planungssicherheit für Griechenland bis Ende 2010. Griechenland wird mit dem geborgten Geld seine im Mai fälligen Alt-Schulden bezahlen. Der Euro sackt auf 1,32 \$/Euro ab.

► 24.04.2010 (khd/info-radio). **Nur ein Finanz-Investor „Triton“** hat sich gemeldet, um den insolventen **Karstadt-Konzern** zu übernehmen. Diese deutsch-schwedische Heuschrecke soll 30 Mio. Euro für Karstadt geboten haben, will weitere 4000 Arbeitsplätze streichen und wesentlich weniger Miete an die Heuschrecke HighStreet (deren Haupteigner ist Goldman Sachs) bezahlen. Sollte Triton bis zum 30. April [Ed-30.4.2010: Termin wurde bis Ende Mai verlängert] keinen Kaufvertrag beim Insolvenzverwalter unterschrieben haben, dann wird Karstadt endgültig zerschlagen oder **Bilanz-Verfälscher** [25] Goldman Sachs kauft die Warenhaus-Kette selbst, um sie zu ‚verwerten‘. Von der Schaffung einer „Deutschen Warenhaus AG“ durch seriöse Investoren wird nicht mehr erwartet.

► 26.04.2010 (khd/d-radio). Es gibt immer neue Mutmaßungen darüber, **wieviel Geld Griechenland tatsächlich braucht**. Der letzte Stand dieser Horrormeldungen ist: 230 Mrd. Euro bis 2015 – mindestens. Es ist völlig ungewiß, ob die Gemeinschaft der Euro-Länder eine solche Summe aufbringen will. Die Gesamt-Schulden Griechenlands sollen rund 300 Mrd. Euro betragen. Und dafür sind reichlich Zinsen zu zahlen.

In Deutschland könnte zudem das Bundesverfassungsgericht jegliche deutsche Zahlungen – auf welchem Weg auch immer (die Bundesregierung sieht einen Kredit der bundeseigenen KfW-Bank vor, für den sie bürgen will) – stoppen. Die Euro-Skeptiker um Prof. Starbatty hatten am 12. April eine entsprechende Klage angekündigt [36]. Angesichts der eindeutigen Regel im Maastrichter Euro-Stabilitätspakt („no bail-out“) ist das Eingreifen der Karlsruher Verfassungsschützer absehbar. Die Frage ist nur, ob diese Professoren überhaupt klageberechtigt sind.

Allerdings ist der europäische Einigungsprozess schon so weit fortgeschritten, daß intelligente Hilfen für Griechenland unabdingbar sind, um nicht alles Erreichte zu gefährden. Und dazu gehören neben günstigen Krediten auch eine Umschuldung [41] sowie ein Erlaß von Teilen der Alt-Schulden. Nur so kann es gelingen, daß Griechenland wieder auf die Beine kommt.

Ein Ausscheiden Griechenlands [41] aus dem Euro-Verbund ist keine Option, denn das würde der Finanzwelt signalisieren, daß die Euro-Länder nicht mal in der Lage sind, eine kleine EU-Volkswirtschaft (Griechenland erwirtschaftet nur 2,8 % des BIPs der gesamten EU) auf den Pfad der Finanz-Tugend zurückzuführen. Der Euro würde dann erst recht wg. zu erwartender Spekulationen gegen den Euro instabil werden. Auch das werden wohl die Karlsruher Richter bedenken müssen.

► 27.04.2010 (khd/sp/swr). Der US-Senat hat ein **Gesetz zur Finanzmarkt-Regulierung gestoppt**. Die oppositionellen Republikaner wollen mehr Zeit zur Beratung, sagten sie. Aber eigentlich sträuben sie sich gegen schärfere Regeln für Wall-Street-Zocker, zumal in dem Gesetzentwurf auch eine Regulierung des lukrativen Derivate-Handels vorgesehen ist. Die Republikaner agieren deshalb als verlängerter Lobbyarm der US-Finanzindustrie, um den Staatseinfluß an der Wall Street so gering wie möglich zu halten.

► 27.04.2010 (khd/dw/info-radio). Die **Spekulationen gegen den Euro werden heftiger**. Kurz vor Handelsschluß hat die Ratingagentur Standard & Poor's die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Portugal und Griechenland deutlich herabgestuft.

Griechenland-Anleihen erhielten „Junk“-Status (BB+ oder Schrott-Papier), womit es für Griechenland unmöglich wird, am Markt neues Geld zu erhalten. Griechenland ist also auf EU/IWF-Kredite angewiesen.

Nun müssen EU + IWF auch mit einem Notfallplan für Portugal beginnen, denn die internationale Zocker-Gilde hat sich als nächsten Kandidaten Portugal ausgesucht und schießt sich mit destruktiven Werten auf dieses Euro-Land ein. Vermutlich folgen danach dann Spanien, Irland und Italien (Euro-Sorgenländer).

Und greift die Politik nicht endlich energisch in die Finanzmärkte ein (wo bleiben denn die am 1. März angekündigten Folterwerkzeuge?), dann steht schon bald der Euro zur Disposition – zumindest droht eine starke Abwertung im gesamten Euro-Raum. Der DAX fiel heute um 2,7 % auf 6159, der Eurokurs liegt bei 1,31 \$/Euro – Tendenz fallend.

► 27.04.2010 (khd/info-radio). In einer **Anhörung des US-Senats zu den Ursachen der Finanzkrise** weisen Manager von Goldman Sachs alle Betrugsvorwürfe energisch zurück. „Wir haben keine Pflicht, die Investoren zu beraten“, sagte der unter Betrugsverdacht stehende Trader Fabrice Tourre. Weder er persönlich noch Goldman Sachs hätten Anleger wie die IKB in die Irre geführt. Die Senatoren konfrontierten die Goldman-Manager mit einer Vielzahl von E-Mails, die anderes belegen [42].

► 28.04.2010 (khd/d-radio). **Nun soll Griechenland bis zu 135 Mrd. Euro erhalten**. Von diesen EU/IWF-Krediten müßte Deutschland bis 2012 rund 20 Mrd. Euro aufbringen. Der IWF soll bis zum Wochenende (2.5.2010) einen Maßnahmen-Katalog ausarbeiten, den Griechenland erfüllen muß, um die Notkredite zu erhalten. Bundeskanzlerin Merkel bezeichnet die Griechenland-Hilfen nun plötzlich [43] als „unausweichlich“.

Unterdessen geht der Angriff auf den Euro weiter: Heute wurde Spaniens Kreditwürdigkeit von Standard & Poor's um 1 Stufe auf „AA“ gesenkt.

► 29.04.2010 (khd/info-radio). **Bundespräsident Horst Köhler greift die Griechenland-Profiture an**. Der Ex-IWF-Chef fand heute in München deutliche Worte zur Griechenland-Krise *alias* Euro-Krise. Köhler sprach sich für Griechenland-Hilfen „aus eigenem Interesse“ aus. Gleichzeitig forderte er drastische Maßnahmen gegen die internationalen Spekulanten. „Die aktuelle Krise zeigt ein Muster, das nicht akzeptabel ist. Die Gewinne haben wenige gemacht, die Verluste muß die Allgemeinheit tragen“, sagte er vor Wirtschaftsexperten. „Das gebietet einfache und harte Regeln für die Finanzindustrie.“

Eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen sei der „beste Weg“, um die Finanzindustrie an den Kosten der Krise zu beteiligen, sagte Köhler. Er sprach sich auch für das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen aus.

► 29.04.2010 (khd/d-radio). **In Griechenland kommt es zu schweren Ausschreitungen.** Nur mit dem Einsatz von Tränengas konnten in Athen wütende Demonstranten an der Erstürmung des Finanzministeriums gehindert werden. Für kommenden Mittwoch (5.5.2010) haben die Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen. Es sind die drastischen Sparmaßnahmen, die die Hellenen auf die Straße treiben.

So ist u. a. ein genereller Lohnstop, eine Kürzung der Renten und der Gehälter im öffentlichen Dienst sowie eine nochmalige Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgesehen. Die Gewerkschaften weisen daraufhin, daß das alles zu weniger Kaufkraft führe und somit Griechenland in eine tiefe Depression abstürzen werde. Ein zum Schuldenabbau notwendiges Wachstum sei so kaum noch möglich, heißt es. Viele Griechen, die es sich leisten können, sollen bereits damit begonnen haben Euro-Bargeld zu horten, um für den Fall der Rückkehr zu einer (abgewerteten) Drachme gerüstet zu sein (Umrechnungskurs von 2000/01: 340,750 Drachmen = 1 Euro).

► 30.04.2010 (khd/tsp/info-radio). **Bei den April-Arbeitsmarktzahlen gibt es eine Überraschung.** Im April sank die Zahl der Arbeitslosen um 162.000 gegenüber März 2010 auf 3,406 Mio. (8,1 %). BA-Chef Weise sprach von einem „unerwartet kräftigen Frühlingsaufschwung“.

Schaut man aber genauer auf die Zahlen, dann zeigt sich die Wirkung der neuartigen Erfassung der Arbeitslosen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA). Dadurch sind 170.000 Personen aus der Statistik verschwunden. Nach der alten Zählweise wäre also die Arbeitslosenzahl im April 2010 auf dem Niveau vom April 2009 verblieben (3,585 Mio.).

So kann man natürlich einen „Aufschwung“ rechtzeitig zur NRW-Wahl am 9. Mai herbeizaubern. Und manche Journalisten jubeln sogar noch über diesen Aufschwung, der den Arbeitsmarkt „viel schneller als vorhergesagt“ erreicht habe. [mehr]

► 30.04.2010 (khd/dw). **Papst Benedikt äußert sich erneut zur Finanzkrise:** Nach Auffassung des Papstes war es „ein Irrtum zu glauben, daß der Markt allein zur Selbstregulierung fähig sei“. Die Finanzkrise habe die Brüchigkeit des aktuellen Wirtschafts-

systems gezeigt, sagte Benedikt XVI. heute vor der Päpstlichen Akademie für Sozialwissenschaften.

Oberste Maxime müsse die Förderung eines Allgemeinwohls sein, das auf Respekt vor der Menschenwürde beruhe, führte der Papst weiter aus. Die Beziehung zwischen Menschen dürfe nicht nur auf Eigeninteresse und Profitsuche reduziert werden.

► 01.05.2010 (khd/d-funk). **DGB warnt vor neuer Finanzkrise.** Auf der DGB-Hauptkundgebung zum Tag der Arbeit in Essen sagte DGB-Chef Michael Sommer: „*Noch immer sind Hunderttausende von Arbeitsplätzen bedroht, noch immer hat sich unsere Wirtschaft nicht von den Schäden erholt, die ihr durch das Treiben von gewissenlosen Spekulanten zugefügt worden sind.*“

Das Treiben der Spekulanten-Mafia geißelte Sommer als „verantwortungslos und kriminell“. Notwendig seien deshalb eine „harte Regulierung des Finanzsektors“ und strengere Eigenkapitalregelungen bei der Kredit-Vergabe. DGB-Sommer forderte zudem eine weltweite Steuer auf Finanztransaktionen, um die Spekulationen endlich einzudämmen. Die Bundesregierung müsse hier mit gutem Beispiel vorangehen, was sie bislang versäumt habe. Schließlich gehe Arbeit vor, und nicht das Spekulantentum.

Die Finanzakteure, die die Krise ausgelöst hätten, müssen auch die Folgekosten bezahlen. Dabei gehe es um Hunderte von Milliarden, nicht etwa nur um eine „lächerlich geringe“ Bankenabgabe. „*Das System des Brutalkapitalismus ist dekadent und marode. Freier Markt ohne soziale Verantwortung, ohne Aufsicht und Eingriff, ohne Kontrolle und Regulierung führt in die Katastrophe, in die direkte Erpressung ganzer Staaten*“, warnte Der DGB-Chef in Essen.

► 02.05.2010 (khd/d-radio). **Griechenland beschließt einen harten Sparkurs** für die nächsten Jahre. Die Einschnitte waren Bedingung für die Freigabe der Kredite der Euro-Staaten und des IWF. Die EU-Kommission signalisierte heute in Brüssel Zustimmung und empfiehlt die Auszahlung der Gelder. Am Nachmittag beschlossen dann die 16 Finanzminister der Euro-Zone die Notkredite für Griechenland.

Danach soll Griechenland in den kommenden 3 Jahren bis zu 110 Mrd. Euro erhalten, wobei 80 Mrd. Euro von den Euro-Ländern und 30 Mrd. Euro vom IWF kommen sollen. Deutschland wird von den 80 Mrd. rund 22,4 Mrd. Euro aufbringen müssen. Der Zinssatz wurde auf 5 %/a festgelegt.

► 03.05.2010 (khd/sp). Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erscheint mit dem Titel „**Euroland, abgebrannt** — Ein Kontinent auf dem Weg in die Pleite“ (Heft 18/2010, Seite 60–71): »Verzweifelt versuchen die Länder des Euro-Raums, die Pleite Griechenlands zu verhindern. Sie fürchten einen Flächenbrand – und einen zweiten Fall Lehman. Denn die Finanzkrise ist noch lange nicht vorbei, sie ist nur in eine neue Phase getreten: Jetzt wanken nicht mehr die Banken, sondern die Staaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben«, schreibt das Magazin. Und der Finanzmarkt nahm heute kaum Notiz von der EU-Rettungsaktion vom Wochenende. Der Euro-Kurs verharrt noch bei 1,32 \$/Euro. [[Die Euro-Krise](#)][40]

► 03.05.2010 (khd/wiwo). Die EZB wird ihren **Prinzipien untreu**. Ab sofort werden von der Europäischen Zentralbank (EZB) auch Schuldtitel der griechischen Regierung unabhängig von ihrem Rating als Sicherheit akzeptiert. Das bislang geltende Minimum-Rating wurde für Griechenland ausgesetzt. Das zeigt, wie ernst die Lage in der Euro-Krise ist, wenn schon die EZB einen Verlust an Glaubwürdigkeit in Kauf nimmt.

► 04.05.2010 (khd/d-funk). **Wird nun gegen Spanien spekuliert?** An der Madrider Börse stürzte heute der Leitindex um 5,4 % ab. Auch an den Börsen von Lissabon (–4,5 %) und Athen (–6,7%) bewegten sich die Kurse deutlich nach unten (DAX –2,6 % auf 6006,9). Dafür steigt der internationale Goldpreis auf 911,38 Euro (1192 Dollar) je Feinunze (31,1 g), was ein neuer historischer Höchststand ist. Keiner glaubt offensichtlich so richtig, daß Griechenland und der Euro wirklich gerettet sind.

► 05.05.2010 (khd/d-radio). Das von der Bundesregierung beschlossene **Unterstützungsgesetz für Griechenland** wird im Bundestag in 1. Lesung mit Regierungserklärung behandelt. Es soll bis zum Wochenende (8.5.2010) im Eilverfahren in Kraft gesetzt werden. Die vollständige Bezeichnung des Gesetzes lautet: „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik“ (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFSfG). [[Entwurf des WFSfG in PDF mit Begründung](#)][47]

Die Bundesregierung begründet die Kredite für Griechenland mit der „Wahrung der Finanzstabilität

in der Währungsunion“. Aber wie schon bei der Banken-Krise gibt es bei Schwarz-Gelb keine Anstrengungen, die eigentlichen Ursachen der Euro-Krise energisch zu bekämpfen – müßte sie doch ihrem Klientel dann massiv auf die Füße treten. Und so fällt heute der Euro-Kurs auf 1,28 \$/Euro – Tendenz weiter fallend.

► 05.05.2010 (khd/d-radio). Die **Proteste der Griechen gegen die Sparpläne eskalieren**. In Athen kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Bei einem Brandanschlag auf eine Bank kommen 3 Menschen ums Leben. Allein in Athen demonstrierten mehr als 100.000 Menschen gegen die rigiden Sparpläne. Auch in anderen Städten des Landes gingen Tausende auf die Straße. Es mehren sich die Zweifel, ob die griechische Regierung das vorgesehene strikte Einsparprogramm durchsetzen kann.

► 06.05.2010 (khd/sr). Die **Steuerschätzer haben bis 2013 Mindereinnahmen von rund 39 Mrd. Euro** festgestellt. Damit liegt für Bund, Länder und Gemeinden eine erste Bilanz der Wirtschaftskrise vor – mit einem dramatischen Ergebnis. Deshalb dürften sich die Steuersenkungspläne der mitregierenden FDP und damit von Schwarz-Gelb in Luft auflösen, denn nun sind Sparen und wohl

auch Steuererhöhungen angesagt. Ein Schuldenmachen wie bisher würde zudem die Euro-Krise befeuern.

► 06.05.2010 (khd/d-funk). Die Ratingagentur Moody's weist daraufhin, daß die schlechtere **Bewertung der Kreditwürdigkeit hoch verschuldeter Staaten in Europa** auch gefährliche Auswirkungen auf deren Banken haben könnte. Der Druck auf die Staatsanleihen könnte sich sehr schnell von Griechenland auf Portugal, Spanien, Italien, Irland und Großbritannien übertragen, heißt es. Auch nach Einschätzung der EU wird sich die Euro-Krise in diesem Jahr noch verschärfen.

► 06.05.2010 (khd/d-radio). Vor dem Hintergrund der Unruhen in Griechenland und der damit verbundenen Unsicherheit, ob die Hellenen tatsächlich ihre Schulden bedienen und zurückzahlen können, sind die **Finanzmärkte extrem nervös** geworden. So kam es heute in New York fast zu einem Börsen-Crash, denn der Aktien-Index Dow Jones stürzte zeitweise um 1000 Punkte ab, konnte sich dann aber wieder erholen. Insider vermuten, daß computergenerierte Aktien-Ver-



käufe zu diesem Absturz führten. Der Euro fällt auf 1,26 \$/Euro.

► 07.05.2010 (khd/apa). In einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur heißt es: „**Griechenland-Problem bei Golddeckung nicht möglich**“. Zitiert wird ein Philip Barton, der Präsident des Gold Standard-Instituts (TGSi) in Wien ist. Das Institut wirbt für die Wiedereinführung einer goldbasierten Währung. Es steht in der Tradition der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“.

Unter einem auf Golddeckung beruhenden Währungssystem hätten weder so enorme Schulden angehäuft werden können, „noch gäbe es Zins- und Währungsderivate, die dazu verwendet werden können, Schulden zu verstecken.“ Und Spekulationen mit Anleihen gäbe es in einem solchen System auch keine, weil diese nicht rentabel wären, heißt es.

► 07.05.2010 (khd/d-radio/info-radio). Der **Bundestag beschließt das Unterstützungsgesetz für Griechenland** (WFSiG [47]). Von den 601 anwesenden Bundestagsabgeordneten stimmten 390 mit Ja (CDU/CSU, FDP + Grüne), 72 mit Nein (vor allem Linke) und 139 mit Enthaltung.

Die Enthaltungen kamen vor allem von der SPD, da sie zwar auch für die Griechenland-Soforthilfe ist, sich aber mit der Forderung einer gemeinsamen Entschließung, verbindliche Konsequenzen aus der Krise zu ziehen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und endlich gegen die Spekulation vorzugehen, nicht gegen die FDP durchsetzen konnte. Diese hatte deshalb mit dem Bruch der Koalition gedroht. Am frühen Nachmittag stimmte auch der Bundesrat dem Gesetz zu.

► 07.05.2010 (khd/sp/d-radio). Unterdessen haben 5 Kläger (darunter Prof. Schachtschneider und Prof. Starbatty sowie der Ex-Präsident der Hamburger LZB Prof. Nölling) am Mittag in Karlsruhe **Verfassungsbeschwerde eingereicht** wg. der mit diesem Gesetz verbundenen „offenen Inflationspolitik“ (Az: 1 BvR 987/2010).

Mit einem Eilantrag soll zudem die Unterschrift des Bundespräsidenten unter dem WFSi-Gesetz und damit die Auszahlung des Kredits verhindert werden. Es wird erwartet, daß das Bundesverfassungsgericht kurzfristig über den Eilantrag entscheiden wird. Ungeduldet dessen unterschrieb Bundespräsident Köhler am späten Nachmittag das Notkredit-Gesetz. Juristische Beobachter geben der Verfassungs-Klage sowieso wenig Erfolgchancen.

Der Eilantrag wurde am Sonnabend (8.5.2010) vom Bundesverfassungsgericht wg. der damit verbundenen Gefahr der weiteren Destabilisierung des Euros zurückgewiesen. Über die Beschwerde (Klage) ist damit noch nicht entschieden.

► 07.05.2010 (khd/dw/rbb). Auf einem Sondergipfel in Brüssel werden am Abend von den Staatschefs der 16 Länder der Euro-Zone die **Notkredite für Griechenland endgültig beschlossen**. Die ersten Tranchen der einzelnen Länder sollen bereits am Sonntag (9.5.2010) an Griechenland ausbezahlt werden.

Aus Deutschland kommen dabei zunächst von den 22,4 Mrd. Euro 8,4 Mrd. von der staatlichen KfW-Bank, die zur Refinanzierung eigene Anleihen ausgeben wird. Deutsche Banken und Versicherer haben inzwischen zugesagt, davon in den nächsten 3 Jahren Anleihen im Wert von 8 Mrd. Euro kaufen zu wollen. Da diese Art der Unterstützung (die Banken kassieren auch Zinsen dafür) keine direkten Hilfszahlungen umfaßt, sei es nur eine „rein symbolische Hilfe“ für Griechenland, wird kritisiert. *Die Welt sprach* sogar von „nur heißer Luft“, die Ackermann & Co produziert hätten.

► 07.05.2010 (khd/stern/d-radio). Auf diesem Brüsseler Sondergipfel beschließen die 16 Staatschefs der Euro-Länder außerdem überraschend die **sofortige Einrichtung eines großen Notfall-Fonds** sowie die **sofortige Einführung eines neuen Krisenmechanismus**, mit dem auch die Spekulationen bekämpft werden können. Einzelheiten sollen die Finanzminister am Sonntag (9.5.2010, nach der NRW-Wahl) vereinbaren, bevor die Finanzmärkte am Montag wieder öffnen.

Bundeskanzlerin Merkel soll – entgegen aller früheren Beteuerungen – dieser Schaffung eines rein europäischen Rettungsschirms für notleidende EU-Länder erst zugestimmt haben nachdem Präsident Sarkozy mit dem Austritt Frankreichs aus der Währungsunion gedroht habe, heißt es.

Der Vorsitzende der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker (Luxemburg) sagte in Brüssel zur Euro-Krise: „*Die Lage ist sehr sehr ernst. Es geht hier um eine weltweit organisierte Attacke gegen den Euro. Der Euro-Raum muss geschlossen darauf reagieren.*“

► 08.05.2010 (khd/spn). Die **Bundesagentur für Arbeit (BA) braucht mehr Geld** als bislang gedacht. Für 2010 + 2011 erwartet die BA ein Defizit von rund 21 Mrd. Euro, die der Bund aus dem Haushalt auf-

bringen müßte. Im ersten Quartal 2010 gab die Bz bereits 40 % des geplanten Jahresetats für das Kurz arbeitergeld aus.

Wegen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise un eines aus BA-Sicht „unterfinanzierten Beitragssatzes benötigt die Behörde auf Jahre hinaus einen Bundes zuschuß. „Auf Sicht“, so heißt es in einem BA-Pa pier, könne „sich die BA nicht mehr allein aus Beitrags mitteln finanzieren“.

► 09.05.2010 (khd/faz). Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* bespricht [50] ein interessante Buch von Michael Lewis zur Geschichte der Finanz krise: „**The Big Short. Inside the Domsda Machine**“ (266 Seiten, ca. 17 Euro). Der Autor be leuchtet noch einmal die mysteriösen Geschäfts methoden auf dem amerikanischen Hypothekenmark: die zunächst zur Subprime-Krise und dann zum Leh man-Crash führten.

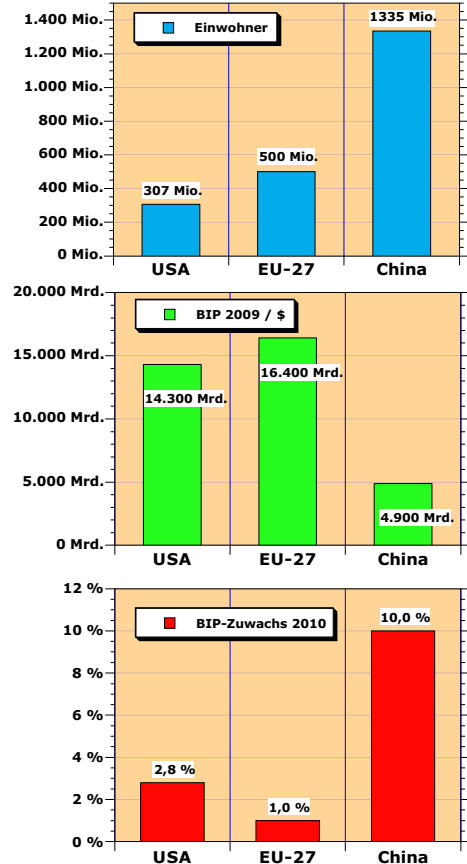
► 09.05.2010 (khd/bams). Angesichts der Euro-Kris sind die **Deutschen in großer Sorge um ihr Geld** Nach einer Emnid-Umfrage vom 6. Mai haben 52 % der Bundesbürger Angst davor, daß es zu einem mas siven Anstieg der Preise kommt (Inflation). 45 % be fürchten das nicht. Besonders groß ist die Sorge be den Rentnern: 63 % der Über-65-jährigen erwarte eine Inflation.

Bei einer dauerhaften Schwächung des Euro be fürwortet eine Mehrheit der Deutschen die Rückkeh zur D-Mark. Auf die Frage, ob Deutschland eine Rück kehr zur D-Mark prüfen sollte, antworteten 59 % de Befragten Bundesbürger mit Ja. 40 % sind dagegen Jeder dritte Deutsche glaubt sogar, daß es den Euro i 10 Jahren nicht mehr geben wird. 61 % erwarten, da der Euro das nächste Jahrzehnt überlebt.

► 09.05.2010 (khd/d-funk). **Landtagswahl in Nord rhein-Westfalen (NRW)**: Dieses Auch-Plebiszit übe die Bundespolitik geht für Schwarz-Gelb verloren. Di Bundesratsmehrheit für Schwarz-Gelb ist damit per du. Das Regieren in Berlin wird für Union + FD schwieriger werden. In dieser kleinen Koalition könnt es demnächst zu Auflösungserscheinungen kommen..

► 10.05.2010 (khd/d-radio). In der Nacht vereinbat Europa einen riesigen **Rettungsschirm für den Euro** – einen Paukenschlag für die Finanzmärkte. Zu dem Stabilisierungs-Mechanismus für den Euro gehört vor allem ein Kreditrahmen von bis zu 750 Mrd. Euro (eine 3/4 Billion!) für vor der Pleite stehende EU-Länder, wovon gegebenenfalls 250 Mrd. Euro vom IWF kom men werden (30 Mrd. davon sind bereits Griechen-

Welt-Wirtschaftsmächte



▲ **Europa hat eine einheitliche Währung verdient.** Warum diese destruktive Kräfte be seitigen wollen, ist wohl nur mit Eigennutz zu erklären. Im Konzert der Welt-Wirtschaf ts-mächte braucht sich Europa der 27 EU-Staa ten nicht zu verstecken. Es ist mit erwirtschaft eten 32.800 \$/Einw. noch immer die Nummer Zwei nach den USA (46.580 \$/Einw.), wenn man die jährliche Wirtschaftsleistung (BIP) pro Einwohner betrachtet. Zwar ist China da bei aufzuholen, aber mit rund 3.670 \$/Einw. noch etwas entfernt. (Grafik: 2010 – khd)

land zugesagt). Bis zu 440 Mrd. Euro sollen durch Europa-Anleihen einer neuen EU-Zwecksgesellschaft am Markt aufgenommen werden („Stabilitätsagentur“), für deren Zinsen und Rückzahlung die Euro-Länder anteilig bürgen (Deutschland für etwa 123 Mrd. Euro).

Dieser Euro-Rettungsplan soll erst nach Druck der USA zustande gekommen sein. Die dabei erfolgte Abkehr von der ‚No-bail-out‘-Klausel wird von der EU mit der Anwendung des Artikels 122 des Lissabon-Vertrags begründet, der finanziellen Beistand „aufgrund von außergewöhnlichen Ereignissen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ erlaubt.

Die EU vereinbart zudem die Aufstockung des bereits bestehenden Notfall-Fonds der EU-Kommission auf 60 Mrd. Euro. Dieser Fonds, aus dem bisher nur Nicht-Euro-Ländern wie Ungarn und Rumänien Notkredite erhielten, steht nunmehr allen EU-Ländern zur Verfügung.

Außerdem wird eine Beschleunigung der Sanierung der Staatshaushalte aller Mitgliedsstaaten beschlossen, was genau kontrolliert werden soll. Fesseln wurden den Finanzmärkten aber (noch immer) nicht angelegt – obwohl dieses sinnvoll und sehr wohl im Alleingang möglich [49] ist.

► 10.05.2010 (khd/d-funk). Im Kampf gegen die Euro-Krise (Schulden-Krise) haben Notenbanken der Euro-Zone mit dem **Aufkauf von Staatsanleihen begonnen**. Vermutlich sind das vor allem Anleihen der überschuldeten Staaten wie Griechenland, Portugal und Spanien.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte noch in der Nacht mitgeteilt, daß sie am öffentlichen und privaten Anleihemarkt in großem Stil aktiv werden wolle. Dieses Kopieren des Vorgehens der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) sei nun „der Sündenfall“ der Geldschöpfung, heißt es in vielen Kommentaren. Offensichtlich geschieht dieses auf politischen Druck aus Brüssel, auch wenn EZB-Chef Trichet das vehement dementiert.

Damit zeigt sich aber die an sich unabhängige EZB als eine doch von der Politik abhängige Notenbank, wenn es hart auf hart kommt. Eine Deutsche Bundesbank hätte das nie und nimmer zugelassen. Mit dieser verdeckten Alimentierung der Euro-Sorgenländer, dessen Volumen noch unbekannt ist, begibt sich die EZB zudem auf den gefährlichen Pfad in Richtung einer großen Inflation in Euro-Ländern. Die weitere

Verunsicherung der europäischen Bevölkerung wird zunehmen.

► 10.05.2010 (khd/nzz). An den internationalen Geldmärkten gibt es vor dem Hintergrund der Euro-Krise bereits wieder ein Liquiditätsproblem – wie im Herbst 2008 nach dem Lehman-Crash. Deshalb haben sich in der Nacht zu heute die 5 Zentralbanken der USA (Fed), EU (EZB), Japan (BoJ), Kanada (BoC) und der Schweiz (SNB) zu einer **gemeinsamen Notenbank-Aktion** entschlossen, mit der die angespannten Geldmärkte beruhigt werden sollen.

Mit Währungstauschgeschäften wollen sie die Märkte ausreichend mit Dollar versorgen. Insbesondere bei der Versorgung der Banken in der Euro-Zone mit Dollar hatte es zuletzt Probleme gegeben.

► 10.05.2010 (khd/d-radio). **Auch in Deutschland ist nun Sparen, Sparen, Sparen angesagt**. Legt man den für Griechenland verordneten Sparplan zugrunde, dann müßte Deutschland noch in diesem Jahr etwa 100 Mrd. Euro einsparen. Und deshalb wird die Bundesregierung vermutlich auch nicht an Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer auf 25 %!?) vorbeikommen.

► 11.05.2010 (khd/tsp/d-radio/info-radio/d-funk). Auch wenn sich gestern die Finanzmärkte tatsächlich beruhigten, gibt es nun reichlich **skeptische Stimmen zum Euro-Rettungsplan**. So ist von „desaströsen EU-Beschlüssen vom Wochenende“ die Rede. Immerhin stieg der Euro gestern um 3 Cent auf 1,29 \$/Euro.

Die Euro-Zone habe sich damit „von einer Währungsunion zu einer Transferunion gewandelt“, kritisierte Commerzbank-Volkswirt Krämer. Ein Ökonom wundert sich nur noch, daß man nun im Großstil „Schulden mit Schulden bezahlen“ wolle. Eine solche Spirale sei doch „in höchstem Maße problematisch“. Die damit einhergehende „rücksichtslose Sparpolitik“ erinnere an das „Brüning-Modell“ von 1930–1932, was „katastrophale Folgen für Realwirtschaft, Lebensstandard und die Sozialsysteme der betroffenen Nationen“ haben werde, ist in einem Leser-Forum zu lesen. Über den Tag hinaus sei „die Glaubwürdigkeit der EZB und die Reputation des Euro aber komplett dahin“, sagte Prof. Homburg (Uni Hannover) dem Tagesspiegel, und er gibt dem Euro „keine Zukunft mehr“.

► 11.05.2010 (khd/d-radio/tsp). Es ist nunmehr in der Tat **vorstellbar, daß die Euro-Währungsunion zerfällt**. Das würde sehr teuer werden, aber erst dann passieren, wenn es nicht zu einer gemeinsamen EU-

Wirtschafts- und Finanz-Politik („Wirtschaftsunion“) kommt und sich daraufhin die Bürger in Wahlen massiv gegen eine ausufernde Transfer-Politik zu ihren Lasten aussprechen werden.

Zunächst ist jedoch zu erwarten, daß nach einer gewissen Pause die Attacken gegen den Euro demnächst weitergehen werden, zumal so furchtbar viel an Glaubwürdigkeit geopfert worden ist. Der Euro-Kurs liegt heute schon wieder bei 1,27 \$/Euro. Die Kurserholung hielt nur 1 Tag!

Bliebe vielleicht ein Ausweg: Die Rückkehr zu einer ‚altmodischen‘ Währungspolitik mit einer urplötzlichen Einführung der (Teil-) **Golddeckung für den Euro**. Damit rechnet niemand. Es könnte vermutlich der einzige Weg sein, um wirklich wieder Vertrauen in die Währung herzustellen. Politiker-Worte reichen dazu ganz sicher nicht mehr aus. Ob aber die EU-Politiker zu einer Begrenzung der umlaufenden Geldmenge bereit sind, muß bezweifelt werden. Die meisten sind noch immer zu stark dem dogmatischen neo-liberalen Denkmuster verhaftet.

Und ob die Goldvorräte bei den europäischen Notenbanken dafür ausreichen, ist auch nicht sicher. Bereits im Mai 2009 hatte der Ökonom Prof. Polleit in einem Spiegel-Streitgespräch (Heft 23/2009, Seite 68–72, [52]) für ein „Rückbesinnen auf Altbewährtes“ plädiert und eine Rückkehr zu einer teilweisen Golddeckung gefordert. Es sollte jetzt zumindest ernsthaft debattiert werden, welche Vor- und Nachteile es dabei gibt.

► 11.05.2010 (khd/d-radio). Das **Bundeskabinett billigt den deutschen Anteil am Euro-Rettungsplan**. Das dazu erforderliche Gesetz soll in der nächsten Woche im Bundestag im Eilverfahren behandelt werden.

Die SPD fordert im Gegenzug für eine Zustimmung zu diesem Schutzschirm für angeschlagene Euro-Länder eine Einschränkung der Spekulationen, eine Transaktionssteuer und eine Beteiligung der Finanzbranche an den Krisenkosten. „Eine reine Kreditermächtigung kann es nicht sein“, sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier.

► 12.05.2010 (khd/zt). Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) prangert in der Wochenzeitung *Die Zeit* die **Führungslosigkeit der EU** an und greift Angela Merkel (CDU) und Nicolas Sarkozy (Frankreich) an. Diese beiden Politiker haben seit Januar durch ihr Zögern in der Griechenland-Krise die Euro-Krise verursacht.

„Man mußte damit rechnen, daß global agierende Finanzmanager ihre spekulativen Chancen wahrnehmen würden. Aber die Führer der Europäischen Union warteten ab“, kritisierte Schmidt. Dies habe die Kurse von Staatsanleihen und Euro unter Druck geraten lassen. „So wurde innerhalb weniger Wochen aus einer Griechenland-Krise eine Krise der gemeinsamen Währung“, schrieb Schmidt.

Die „Führungslosigkeit der Europäischen Union“ habe sich nun gerächt. *„Wenn der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin gemeinsam handeln (...), dann können wir diese Krise überwinden. Wenn sie jedoch innenpolitischen oder gar parteipolitischen Überlegungen den Vorrang geben sollten, dann könnten sie zur weltpolitischen Marginalisierung der europäischen Nationalstaaten beitragen“, stellte Schmidt fest.*

Altkanzler Schmidt hat völlig recht. Und hinzu kommt noch, daß Deutschland seit der Bundestagswahl im Herbst 2009 selbst faktisch führungslos war. Viele Regierungsmitglieder waren bei hohem Geräuschpegel fast nur mit Parteipolitik beschäftigt. Sollten sich jetzt nicht endlich Berlin und Paris zusammenraufen, um in der Krise eine solidarische und konstruktive Europa-Politik voranzubringen, dann könnte einmal in den Geschichtsbüchern zu lesen sein: Im kalten Winter 2009/10 verspielten Merkel und Sarkozy die in 60 Jahren mühsam erreichte [53] europäische Einigung. Bereits im Oktober 2008 in der Weltfinanzkrise hatte Bundeskanzlerin Merkel Deutschland auf einen „Sonderweg in Europa geführt“ und sich damit „vom Erbe ihrer Vorgänger verabschiedet“ (Spiegel – 19/2010, Seite 18).

► 12.05.2010 (khd/tsp). Wie nun die Karlspreis-Trägerin von 2008 und Bundeskanzlerin Merkel handeln sollte, um zu zeigen, daß sie auch in die Reihe der Europäer Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl gehört, das gab's heute im Leitartikel zum Thema „Merkel und Europa“ [54] im *Tagespiegel* (Seite 1): Sie müsse jetzt zeigen, »daß sie die **Krise der Europäischen Union als Ansporn** empfindet, die politische und wirtschaftliche Einigung des Kontinents voranzutreiben. (...)

Merkel muß diese Politik nach Kräften befördern. Sie steht vor einer grundsätzlich neuen Prioritätensetzung ihrer Agenda. Dabei hat eine innere Selbstverpflichtung auf Europa nichts mit Dogmatismus und Distanzlosigkeit zu tun. Merkel soll nicht Sarkozy imitieren. Nur ehrlich, radikal und gerecht muß sie

sein. Ehrlich heißt: Schweiß und Tränen, auch in Deutschland; radikal heißt: Finanzmärkte regulieren [51], Haushalte konsolidieren; gerecht heißt: Wer spart, daß es kracht, muß auch die Erbschaftssteuer erhöhen.« Also ganz klar: Wir brauchen mehr (demokratisches) Europa.

► 12.05.2010 (khd/info-radio). **Spanien präsentiert einen Sparplan**, um das Defizit von zuletzt 11,2 % auf 6 % des BIPs zu reduzieren. Bis Ende 2011 sollen 15 Mrd. Euro eingespart werden. Deutschland wird in den kommenden 6 Jahren jeweils mindestens 10 Mrd. Euro an Ausgaben einsparen müssen.

► 12.05.2010 (khd/d-radio). Als eine Konsequenz aus der Euro-Krise plant die EU eine **Vor-Kontrolle der Haushaltsentwürfe aller Mitgliedsstaaten**, bevor diese von den nationalen Parlamenten beschlossen werden. Diese Maßnahme soll erstmals 2011 wirksam werden. Nur so könne die Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene gesteuert werden, erklärte heute EU-Kommissionspräsident Barroso. Brüssel wollte Empfehlungen abgeben, aber nicht am nationalen Haushaltsrecht rütteln, hieß es.

► 13.05.2010 (khd/info-radio). Nach der für Schwarz-Gelb verlorenen NRW-Wahl zeigt die Sonntagsfrage der ARD mit 56 % eine **sehr deutliche Mehrheit für Rot-Rot-Grün im Bund**. [mehr]

Offensichtlich haben die Bundesbürger verstanden, daß durch das totale Versagen der schwarz-gelben Bundesregierung in der Griechenland/Euro-Krise ihr Geld in arge Gefahr geraten ist, und die Folgen der Klientel-Politik überhaupt nicht absehbar sind (hatte doch Schwarz-Gelb in 6 Monaten nichts gesetzgebend zur Regulierung der außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte unternommen, aber Hotelbesitzern Milliarden zugesprochen). Eine nicht am Gemeinwohl orientierte Politik kann jetzt sehr schnell aus der Euro-Krise eine 2. Finanzkrise sowie eine Krise der EU und sogar (wg. des Vertrauensverlustes) eine schwere Demokratie-Krise [55] entstehen lassen.

► 14.05.2010 (khd/zt). Der Ökonom Jakob von Weizsäcker setzt auf **europäische Staatsanleihen** und ein Konzept, das die Staaten zum Sparen zwingt. Damit würden auch die Kosten der Staatsschulden gesenkt werden. Die Staatsschuld wird hierbei aufgeteilt. Bis zu 60 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) würden die Euro-Länder gemeinsam als **Blue Bonds** ausleihen, mit entsprechend niedrigen Zinsen. Alle Staatsschulden von mehr als 60 % des BIP müßten in nationaler Verantwortung als **Red Bonds** emittiert

werden, zu entsprechend höheren Zinsen. Wer mehr Schulden macht, muß mehr zahlen. Das würde zum rechtzeitigen Sparen anregen.

Ein Problem könnte die rechtzeitige Feststellbarkeit des Verschuldungsstandes sein. Was ist wenn *Blue Bonds* ausgegeben wurden, sich aber am Jahresende herausstellt, daß es eigentlich *Red Bonds* hätten sein müssen, weil z. B. das BIP nicht so gewachsen ist, wie man hoffte, und man deshalb die 60 % überschritten hat. Außerdem mag diese 60-Prozent-Grenze aus Maastricht-Zeiten sowieso zu hoch angesetzt sein. Wie wäre es mit 30 %?

► 14.05.2010 (khd/rbb). **Der Euro sinkt auf 1,24 \$/Euro**. Damit hat der Euro in dieser Woche (seit dem Euro-Rettungsplan) bereits 7 Cent verloren. Der Euro-Kurs wird hier immer wieder mal als Kennwert für die aktuelle Krisensituation angegeben. Aktienindizes wie der DAX sind dafür nur bedingt geeignet. Amerikanische Hedge-Fonds wollen den Euro am Jahresende bei 1,00 \$/Euro sehen.

► 14.05.2010 (khd/info-radio). Der **Goldpreis erreicht erneut einen Höchststand**: 1248,95 Dollar (1002,69 Euro) je Feinunze (31,1 g). Marktbeobachter erwarten zum Jahresende 2010 ein Preis von 1450 Dollar je Feinunze.

Im Bretton-Woods-Währungssystem [58] von 1944 galt noch ein Goldpreis von 35,00 Dollar je Feinunze. Der aktuelle Goldpreis weist also ein ‚Wachstum‘ um rund 3468 % auf! Und da in den seitdem verstrichenen 66 Jahren auch neues Gold aus der Erde gefördert worden ist, darf der eigentliche Preiszuwachs als noch

Goldpreis-Anstieg in der Euro-Krise



▲ **Goldpreis in der Euro-Krise.**
[Preisentwicklung bei Edelmetallen][60]

(Grafik: 14.5.2010 – khd)

höher angesehen werden. Auch dieser enorme Zuwachs ist ein Indikator dafür, daß unser Finanzsystem mit seiner permanenten Geldschöpfung durchs Schuldenmachen ernsthaft krank ist.

► 14.05.2010 (khd/d-radio). EZB-Chef **Trichet wehrt sich gegen die Inflations-Vorwürfe**. „Wir ändern unseren geldpolitischen Kurs nicht. Es wird keine quantitative Lockerung geben“, sagte Trichet dem Handelsblatt. Die EZB werde die Liquidität, die sie durch den Kauf von Staatsanleihen in den Markt gebe, durch andere Maßnahmen neutralisieren. „Der EZB-Rat wird Inflation nicht tolerieren.“

Da aber Trichet nichts über das Aufkauf-Volumen und Genaues über die Geldentfernungs-Maßnahmen sagte (er murmelte nur etwas von „Ausschreibung verzinslicher Termineinlagen“, was auch immer das heißen mag), befördert auch er das am Markt und bei den Bürgern entstandene tiefe Mißtrauen sowie die Inflationsängste beim Publikum. Im übrigen kann ja eine drohende Inflation auch durch einen radikalen Währungsschnitt beendet bzw. vermieden werden... Ältere Deutsche wissen ganz genau, was das real bedeutet. Sie haben das schon zwei Mal erlebt – nach dem 1. und nach dem 2. Weltkrieg.

Der im Dienst der EU-Bürger stehende Trichet soll- te endlich Klartext reden. Und auch erklären, ob es denn stimmt, daß der EZB-Aufkauf von maroden Staatsanleihen dem Zweck dient, etwas vom ‚Spielmaterial‘ der Banken und Spekulanten aus dem Markt zu nehmen. [59]

► 15.05.2010 (khd/faz). **Zahlreiche Banken hatten es mit dem Anleihen-Verkauf sehr eilig**. Offensichtlich trauen die Profis nicht dem Euro-Rettungsplan, denn sie trennten sich noch am Montag (10.5.2010) von illiquiden Staatsanleihen finanzschwacher Euro-Länder wie Griechenland, Portugal und Irland und verkauften diese an die EZB sowie die Notenbanken von Deutschland, Frankreich und Italien. Das Volumen ist nicht bekannt (Schätzungen besagen, es seien nur zwischen 10 und 20 Mrd. Euro gewesen). Stattdessen deckten sich die Banken mit deutschen Bundesanleihen oder britischen Staatsanleihen ein.

Am Donnerstag (6.5.2010) vor dem Euro-Rettungsplan, drohten nach Darstellung von Händlern einige Anleihemärkte in der Währungsunion total illiquide zu werden (es gab keine Käufer, nur Verkäufer), so daß man zum Ergebnis kam, nur noch der direkte Kauf von Anleihen durch die EZB könne den Markt vor Illiquidität retten. Deshalb kam es zu der EZB-Auf-

kaufaktion. Inzwischen hat sich die Situation an den Anleihemärkten wieder entspannt. So haben sich die Risikoauflschläge zweijähriger Griechenland-Anleihen nach den Markteingriffen von 18 auf 6,5 % verringert.

21. Monat nach dem L-Crash

► 16.05.2010 (khd/nan). Heute sind **20 Monate seit dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brother verstrichen**. Und wir stecken bereits tief in einer weiteren Phase der großen Krise – der Euro-Krise. Aus der Subprime-Krise von 2007 entstand 2008 in den USA die Finanzkrise [05] mit Banken-Krise und dem Lehman-Crash, was dann 2009 zur Welt-Wirtschaftskrise II [07] ausuferte. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich seit dem Herbst 2009 in Europa die Griechenland-Krise und die Schulden-Krise, die dann im März 2010 zur Euro-Krise [40] mutierte. Außerdem entwickelte sich bereits mancherorts eine Sozial-krise [56] – vor allem in den sowieso schon ärmeren Ländern. Alle diese Krisen in Folge haben ihre Wurzeln im geltenden Finanzsystem, weshalb auch von einer „fundamentalen System-Krise“ [10] gesprochen wird.

Keine einzige dieser Teil-Krisen ist bisher überwunden, obwohl weltweit insgesamt Billionen durch Schuldenmachen zur Rettung von Banken, Unternehmen und Staaten aufgebracht worden sind und Heerschaaren von Wirtschaftswissenschaftlern – darunter Nobelpreisträger – mit ihrer Expertise vorhanden sind. Das sollte sehr zu Denken geben. Außerdem hat noch niemand erklärt, warum denn heute die (Geldmenge in der) Finanzwirtschaft 3 bis 4-mal (wenn das reicht) so groß ist, wie es für die reale Wirtschaft notwendig ist. Wozu brauchen wir diese Aufblähung? [61].

► 16.05.2010 (khd/kna). Auf dem ökumenischen Kirchentag in München forderte Erzbischof Reinhard Marx eine „**Überprüfung des gesamten Wirtschaftssystems**“. Es reiche nicht aus, „nur einzelne technische Lösungen zu suchen“, sagte Marx. Vielmehr müsse der „radikale Kapitalismus“ durch eine weltweite soziale Marktwirtschaft ersetzt werden. „Die Finanzkrise ist Ausdruck einer ideologischen Verirrung, die in weite Bereiche der Gesellschaft eingedrungen ist.“ Es habe sich die Ideologie durchgesetzt, daß der entfesselte Markt nicht zu bremsen sei und der Mensch sich an den Kapitalismus anpassen müsse. Marx kritisierte: „Das Ergebnis können wir heute besichtigen.“

► 17.05.2010 (khd/d-radio). **Der Euro fällt weiter** und erreicht mit 1,22 US-\$/Euro ein Vier-Jahres-Tief.

► 18.05.2010 (khd/d-radio). *DeutschlandRadio Kultur* sendet zur Bewältigung der Finanzkrise den Kommentar „**Global kommt man wohl nicht weiter**“ [61] des Privatdozenten Peter Robejsek. Er plädiert dafür, wenn man schon bei der globalen Regulierung der Finanzmärkte nicht weiter kommt, es wenigstens im kleineren – auch national – anzugehen. [61][MP3-Audio]

► 18.05.2010 (khd/d-funk). Die SPD will jetzt bei der Finanzmarkt-Regulierung neue Wege gehen. Gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Parteien Europas wie der SPÖ plant sie ein **allererstes EU-weites Volksbegehren**. Das Ziel: Spekulanten – die „wahren Sozial-Schmarotzer“ – sollen endlich zur Kasse gebeten werden. Voraussetzung für die Volksabstimmung sind mindestens 1 Million Unterstützungs-Unterschriften aus wenigstens 9 der 27 Staaten.

► 18.05.2010 (khd/d-radio). In Brüssel einigen sich die EU-Finanzminister auf eine **strenge Regulierung der Hedge-Fonds** in Europa mit Registrierungs- und Offenlegungs-Pflicht der verfolgten Handelsstrategie. Schon bis zur Sommerpause soll das in Gesetz und Verordnung gegossen sein. Großbritannien, das um seinen Finanzplatz London mit den vielen dort ansässigen spekulativen Hedge-Fonds fürchtet, wurde dabei überstimmt (nach dem Lissabon-Vertrag ist das seit Dezember 2009 möglich).

► 18.05.2010 (khd/d-radio). Die Bundesregierung ändert urplötzlich ihre Marschrichtung in Sachen Krisenbekämpfung um 180 Grad. Nun wollen Union + FDP doch noch über eine reine Banken-Abgabe hinaus die **Einführung einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer** unterstützen. Vermutlich versprechen sie sich davon eine Zustimmung der SPD zu dem Kreditermächtigungsgesetz für den **Euro-Rettungsplan** in dieser Woche. Vielleicht sei es aber auch nur „eine Finte, um Zeit zu gewinnen“, sagte ein Oppositionspolitiker. Ein klares Bekenntnis der Regierung zu einer „spekulationseindämmenden Belastung der Finanzmärkte“ sei das jedenfalls noch nicht.

► 18.05.2010 (khd/d-radio). In Griechenland ist die **1. Tranche der EU-Notkredite angekommen**. Heute wurden von der EU 14,5 Mrd. Euro nach Athen überwiesen. Mit der Zahlung von 5,5 Mrd. Euro des IWF sind das die ersten 20 Mrd. Euro von den vereinbarten 110 Mrd. Euro. Damit wird Griechenland die am 19. Mai fälligen Altschulden zurückzahlen.

► 18.05.2010 (khd/d-radio). Nach Börsenschluß ordnet das Finanzaufsichtsamt BAFin an, daß in Deutschland ab dem 19. Mai um 0 Uhr **keine ungedeckten Leerverkäufe** (hochspekulative Wetten auf fallende Kurse) mit 10 deutschen Aktien, allen Staatsanleihen der Euro-Länder sowie Kreditausfall-Versicherungen (Credit Default Swaps, CDS) ohne reale Grundlage mehr vorgenommen werden dürfen. Dieses Spekulations-Verbot soll zunächst bis Ende März 2011 gelten. Auch Bundespräsident und Ex-IWF-Chef Horst Köhler hatte Ende April dieses **Verbot eingefordert**.

Aber warum wurde das seit dem Lehman-Crash bestehende Leerverkaufs-Verbot Anfang 2010 (Ende Januar?) überhaupt wieder aufgehoben? Womöglich aufgrund von Forderungen dieser staatszerstörerisch agierenden Westerwelle-FDP? Mußte erst der Euro angeschossen und in die Krise gestürzt werden, bevor verstanden wurde, was diese Finanzkrise wirklich bedeutet...

Bleibt zu hoffen, daß das nun auch pingelig kontrolliert wird und alle diese „Sozial-Schmarotzer“ und deren Helfer und Helfershelfer, die dagegen verstossen oder ins Ausland ausweichen, dingfest gemacht und vor Gericht gestellt werden.

► 19.05.2010 (khd/info-radio). „**Scheitert der Euro, dann scheitert Europa**“, dozierte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) in einer Regierungserklärung zum **Euro-Rettungsplan** (vom 10.5.2010) im Parlament. Der Euro näherte sich im Laufe des Tages einem Kurs von 1,21 \$/Euro.

► 19.5.2010 (khd/info-radio). Das Europa-Parlament in Straßburg spricht sich für die **Einführung einer europäischen Wirtschaftsregierung** aus. Dazu sei es notwendig, daß die 27 EU-Staaten etwas an Souveränität abgeben. Nach der durch „griechische Peanuts“ (Griechenland liefert nur 2,8 % des BIPs der EU) ausgelösten Euro-Krise gebe es dazu „keine Alternative“ mehr, war zu hören. Bislang hatte das nur Sarkozy gefordert. Kanzlerin Merkel (CDU) hält bislang nichts von diesem weiteren Integrationsschritt der EU. Dennoch ist er sachlich geboten.

► 19.05.2010 (khd/d-radio/info-radio). Das deutsche **Spekulations-Verbot wirkte an der Börse wie ein Paukenschlag**. Offensichtlich sei ein solches Verbot die „einzige Sprache, die die Spekulanten wirklich verstehen“, ist in einem Forum zu lesen. EU-Kommissions-Präsident Barroso lobte die Deutschen für ihr Handeln und forderte die anderen EU-Länder auf, auch

solche Verbote zu erlassen, da die verabredete neue EU-Finanzaufsicht noch nicht arbeitsfähig sei. Die Börsen gingen erstmal auf Talfahrt.

► 20.05.2010 (khd/ftd). Die *Financial Times Deutschland* berichtet [63] von der „**Abwehrschlacht der Hedge-Fonds**“. Denn seit Dienstag dieser Woche (18.5.2010) dürfte dieser durch die Regulierungs-Ankündigung der EU-Finanzminister als schwarzer Tag in die Geschichte der bislang unbehelligten Hedge-Fonds eingehen. Die Branche der Ausweider & Absahner schäumt vor Wut – vor allem in London, wo allein 450 ansässig sein sollen. Bereits im März hatten sich Banker und Hedge-Fonds-Manager in London auf Einladung von Schweizer Finanzberatern getroffen, um ihre Flucht in die Schweiz zu planen...

Das Ende einer „goldenen Zeit ohne Grenzen“, die diesen Geier-Fonds enormen Profit, aber Volkswirtschaften und redlich arbeitenden Menschen so unendlich viel Unheil brachte, rückt (hoffentlich) näher.

► 21.05.2010 (khd/d-radio/info-radio). Der **Bundes-tag beschließt das Kreditermächtigungs-gesetz für den Euro-Rettungsplan** (amtlicher Name: „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“). Von den 587 anwesenden Bundestagsabgeordneten votierten in namentlicher Abstimmung nur 319 der Koalitionsfraktionen mit Ja (CDU/CSU + FDP, ohne Gauweiler und weiteren 9 Abweichlern, die Kanzlermehrheit beträgt 312 Stimmen), 73 mit Nein (vor allem Linke) und 195 mit Enthaltung (vor allem SPD + Grüne).

SPD und Grüne hatten vorher, obwohl sie das Gesetz für sachlich geboten halten, ihr Abstimmungsverhalten an eine ergänzende Beschlussfassung zur Einführung einer echten Finanzmarkt- Transaktionssteuer geknüpft, was Union + FDP aber erneut ablehnten. Am Nachmittag stimmt in einer Sondersitzung auch der Bundesrat dem Gesetz zu. Nun muß nur noch Bundespräsident Köhler das auf 3 Jahre befristete Gesetz unterschreiben. Unions-Politiker halten nunmehr den „Euro für wetterfest“.

Im schlimmsten Fall könnten aufgrund dieses Gesetzes für Deutschland Bürgschafts-Zahlungen von bis zu 148 Mrd. Euro an notleidende Euro-Länder fällig werden. Der CSU-Abgeordnete Gauweiler hat deshalb in Karlsruhe gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die als Stabilitätsunion konzipierte Europäische Währungsunion (EWU) werde mit den Beschlüssen in eine „Transferunion“ umgewandelt. Bun-

destag und Bundesrat hätten im Vertrag von Maastricht einer solchen Union ausdrücklich nicht zugestimmt, argumentiert der CSU-Aufmüpfige. Aber bereits am Sonnabend (22.5.2010) lehnte das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf einstweilige Anordnung der Nicht-Ausfertigung des Gesetzes ab – die Märkte sollen nicht beunruhigt werden, heißt es.

► 21.05.2010 (khd/d-radio). Beim Banken-Rettungs-paket vom Herbst 2008 gibt es die ersten größeren Ausfälle. Der staatliche Bankenrettungsfonds **SoFFin hat für 2009 einen Verlust von 4,26 Mrd. Euro** mitgeteilt. Hauptsächlich soll das durch die marode Immobilienbank Hypo Real Estate und deren Tochter DEPPA verursacht worden sein. „Retten ist leider kein lukratives Geschäft“, sagte SoFFin-Chef Rehm. Der SoFFin hat bislang 160,7 Mrd. Euro an Hilfen ausgegeben.

► 21.05.2010 (khd/info-radio). **Neues von Karstadt:** Kurz vor Ende der Frist (27.5.2010) gibt es ein weiteres Kaufangebot. Diesmal von der „Berggruen-Holding“ des Unternehmers Nicolas Berggruen. Ihm gehe es darum, die „Kultmarke Karstadt“ samt KaDeWe und alle 25.000 Arbeitsplätze zu retten, heißt es. Auch er verlangt von den Heuschrecken-Gläubigern eine deutliche Senkung der Mieten an allen 120 Kaufhaus-Standorten. Nicolas Berggruen ist der Sohn des bekannten Berliner Kunstsammlers Heinz Berggruen, der seine Kunstsammlung in den 1990er-Jahren der Stadt Berlin vermachte.

► 23.05.2010 (khd/info-radio/swr). **Noch mehr Neues von Karstadt:** Die *Bild am Sonntag* weiß, daß nun auch die Heuschrecke HighStreet (Haupteigner ist dieses unseriöse [00] Goldman Sachs), der bereits die allermeisten Karstadt-Immobilien gehören (etwa 80), ein Kaufangebot für die verbliebenen 120 Karstadt-Kaufhäuser beim Insolvenzverwalter abgegeben hat.

HighStreet hatte durch exorbitant hohe Mieten den Karstadt-Konzern ausgepreßt und damit erheblich zu dessen Insolvenz beigetragen. Das Insolvenzverfahren könnte aber insgesamt noch scheitern, denn einige Städte wie Köln sind bislang nicht bereit, auf Gewerbesteuerschulden Karstadts zu verzichten.

► 24.05.2010 (khd/spon/rbb). Das ebenfalls sehr hochverschuldete (Haushaltsdefizit: 156,1 Mrd. Pfund = 11,1 % des BIPs) **Großbritannien beginnt mit dem Sparen**. Die neue Koalitionsregierung unter Premier David Cameron will noch in diesem Jahr im Haushalt 6,2 Mrd. Pfund (7,2 Mrd. Euro) einsparen. Fast 1 Mrd.

Pfund sollen allein im Ressort Wirtschaft eingespart werden. „*Wir haben in Ländern wie Griechenland gesehen, was passiert, wenn man als Staat nicht mit seinen Mitteln auskommt*“, sagte Finanzminister Osborne bei der Vorstellung der Sparpläne in London.

Vorgesehen sind massive Eingriffe in den öffentlichen Dienst. Es wurde ein sofortiger Einstellungsstopp verhängt. Es könnten in den nächsten Jahren bis zu 700.000 (?) Stellen gestrichen werden. Zudem sollen die Budgets für Beratungsgremien drastisch gestrichen werden. Außerdem soll eine Bankensteuer eingeführt werden, womit bis zu 8 Mrd. Pfund (9,2 Mrd. Euro) pro Jahr hereinkommen sollen.

► 24.05.2010 (khd/d-radio). An Pfingsten wurde **in Spanien eine Sparkasse verstaatlicht**. Diese regionale „Caja Sur“, die mehrheitlich der katholischen Kirche gehört, stand unmittelbar vor der Pleite. Außerdem kündigten 4 spanische Banken an, fusionieren zu wollen. Spanien wird also doch das nächste Problemland der EU und befeuert damit die Euro-Krise. Der IWF hat inzwischen Spanien zu schnellen und weitreichenden Reformen aufgefordert. Was bislang vorgesehen sei, reiche nicht aus, heißt es. Der Euro sackt auf 1,21 \$/Euro ab.

► 25.05.2010 (khd/d-radio). Der unverfrorene **Roland Koch (CDU, 52) tritt aus der Politik ab** – vorerst. Der „brutalstmögliche Aufklärer“ will einen lukrativen Job bei seinen (neo-liberalen) Freunden in der Wirtschaft annehmen – wie vorher schon Friedrich Merz (CDU) und Wolfgang Clement (SPD). Kochs Entscheidung soll endgültig gefallen sein, nachdem ‚aus Berlin‘ signalisiert worden war, man brauche ihn dort nicht (als Ersatz-Bundesfinanzminister).

Und vielleicht ‚basteln‘ ja diese Herren demnächst zusammen mit weiteren Unionspolitik- Frustrierten an einer stramm konservativen Alternative zu CDU und FDP... Bahnt sich mit „Die Rechten“ das 6-Parteien-System an? Das Potential einer solchen Partei soll bei etwa 16 % deutschlandweit liegen, hatten Parteienforscher schon vor einiger Zeit herausgefunden.

► xxx

Weiter geht es derzeit im Internet unter:
[http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/
Wirtschaft_skandaloes_06.htm#FK_1001](http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.htm#FK_1001)

Mehr zu diesem Thema (Links)

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [12.08.2004: [Nur die Reichen werden reicher](#)] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#ZEIT_04_2
- [02] [27.12.2005: [Hartz-Reformen werden zum Debakel](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#Hartz_Deb
- [03] [16.10.2006: [Hartz IV ist für viele eine Lebenslüge](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_03.html#TASP_2
- [04] [2007–2008: [Finanzkrise 2007/2008](#)] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [05] [15.09.2008: [Ein Finanzkrisen-Blog](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [06] [20.09.2008: [Der Markt hat's nicht gerichtet](#)] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf
- [07] [09.11.2008: [Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf
- [08] [25.12.2008: [Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf
- [09] [16.02.2009: [Gefahr für den Euro](#)] (khd-page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [10] [16.03.2009: [Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf
- [11] [03.05.2009: [Ihr Einsatz, bitte! — Die Banken zocken wieder](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_3
- [12] [20.06.2009: [Hirnforscher führt Finanzkrise auf angeborene Gier nach Geld zurück](#)] (HEISE-TICKER)
URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/140828>

Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil: »Der Markt hat's nicht gerichtet«.**
Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftsspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil: »Und die Finanzkrise geht weiter«.**
Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil: »Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise«.**
Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil: »Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten«.**
Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil: »Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise«.**
Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 520 kByte)
- 5. Teil: »Und nun die Sozialkrise? | Und nun die Euro-Krise«.**
Ab der 54. Woche (21.9.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf (33 Seiten, 292 kByte)

- [13] [12.07.2009: Essay von Ralf Dahrendorf: Die verlorene Ehre des Kaufmanns] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/art271,2845452_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_39.html#TASP_2
- [14] [14.09.2009: Die Lehman-Lügen] (FRANKFURTER RUNDSCHAU)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#FR_1
- [15] [16.09.2009: OECD warnt vor erhöhtem Armutsrisiko] (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG)
URL: http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/oecd_rechnet_nicht_mit_schneller_erholung_am_arbeitsmarkt_1.3577965.html
- [16] [25.09.2009: G20-Gipfel in Pittsburgh: Schöne neue Weltordnung] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,651445,00.html>
- [17] [27.09.2009: Die Bundestagswahl 2009] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Ex/BT-Wahl_2009.html
- [18] [27.10.2009: Warum Deutschlands Motor noch lange stottert] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656760,00.html>
- [19] [30.10.2009: Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?] (evangelisch.de)
URL: <http://www.evangelisch.de/themen/wirtschaft/wozu-brauchen-wir-eigentlich-zinsen5622>
- [20] [03.12.2009: Dubai-Krise belastet britische Banken] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,664907,00.html>
- [21] [18.12.2009: Mehr aus der Finanzkrise lernen] (RADIO VATIKAN)
URL: <http://www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=343186>
- [22] [20.12.2009: Die Gier ist brandgefährlich] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzkrise/art271,2979803>
- [23] [03.02.2010: Deine Pleite – meine Pleite] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_1
- [24] [11.02.2010: Wieder eine Ohrfeige – Verfassungsgericht rügt Hartz-IV] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#2>
- [25] [16.02.2010: Ein vergessener Deal erregt die Gemüter] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_2
- [26] [20.02.2010: Mit dieser FDP ist kein Staat zu machen] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#2kk>
- [27] [24.02.2010: Gefahr für den Euro] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#3>
- [28] [27.02.2010: Eine konzertierte Aktion gegen den Euro?] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#3k>
- [29] [01.03.2010: Bruttolohn-Entwicklung in Deutschland seit 2000] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_1.html#Brutto-Lohn
- [30] [04.03.2010: Wie Juristen die Finanzkrise aufarbeiten] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)
URL: <http://www.ftd.de/politik/international/agenda-wie-juristen-die-finanzkrise-aufarbeiten/50083629.html>
- [31] [06.03.2010: Briten staunen über deutsches Wirtschaftswunder] (DIE WELT)
URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article6665643/Briten-staunen-ueber-deutsches-Wirtschaftswunder.html>
- [32] [07.03.2010: Die Krise – Ein Schauspiel der Ohnmacht] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_3
- [33] [18.03.2010: Attac klagt Merkel und Schröder wegen Finanzkrise an] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#SP_3
- [34] [30.03.2010: Keynes: Ein Nationalökonom als Schlüsselfigur] (DEUTSCHLAND-RADIO KULTÜR)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#Drad_1
- [35] [31.03.2010: Kurzarbeit treibt Arbeitskosten nach oben] (DEUTSCHE WELLE)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#DW_1
- [36] [12.04.2010: „Wenn Geld für Griechenland fließt, klage ich“] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#TASP_1

- [37] [12.04.2010: Was würden Sie den Griechen raten?] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#TASP_1b
- [38] [13.04.2010: IWF will Finanzbranche Fesseln anlegen] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,688835,00.html>
- [39] [22.08.2008: Milliarden hinterhergeworfen — Zum Verkauf der IKB] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News17.html#5>
- [40] [25.04.2010: Die Euro-Krise] (khd-Page + khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_085.pdf
- [41] [26.04.2010: Griechenland – Fragen des Tages] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#TASP_2
- [42] [26.04.2010: E-Mails enthüllen Wahrheiten über die Bankenkrise] (DIE PRESSE)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#Presse_1
- [43] [29.04.2010: Bravo, Frau Kanzlerin! Merkel löst Flächenbrand aus] (TELEPOLIS)
URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32540/1.html>
- [44] [30.04.2010: Alles Übel – Der Euro ist in Gefahr] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_1
- [45] [03.05.2010: Daten zur Entwicklung der Staatsverschuldung wichtiger Industrieländer] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_2.html#Debt_Laender
- [46] [03.05.2010: Euroland, abgebrannt] (Hinweis auf SPIEGEL-Titel – 18/2010, Seite 60–71)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#SP_1
- [47] [03.05.2010: Entwurf des Griechenland-Unterstützungsgesetzes mit Begr.] (BUNDESTAG – Ds. 17/1544)
URL: http://www.khd-research.net/Docs/WFSIG-2010__1701544.pdf
- [48] [04.05.2010: In Athen wächst die Wut] (DER WESTEN)
URL: <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/In-Athen-waechst-die-Wut-id2941635.html>
- [49] [04.05.2010: Euro-Krise: Notbremse für Spekulanten] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_2
- [50] [09.05.2010: Dummheit mit System – Die Geschichte der Finanzkrise] (FAS)
URL: <http://www.faz.net/s/RubBE163169B4324E24BA92AAEB5BDEF0DA/Doc-E6095054405F046D6915669B7C057DC4D~ATpl-Ecommon~Scontent.html>
- [51] [12.05.2010: Kontrolliert endlich die Hedge-Fonds] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_3
- [52] [30.05.2009: Finanzkrise: Wer soll das bezahlen?] (DER SPIEGEL – 23/2009, Seite 68–72)
URL: http://de.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_38.html#SP_2
- [53] [1998–2010: Eine kurze Chronik des Euro] (Karl-Heinz Dittberner)
URL: http://www.khd-research.net/Misc/EURO_1.html#Hist
- [54] [12.05.2010: Leitartikel: Merkel und Europa] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/es-geht-ums-ganze-1821530.html>
- [55] [12.05.2010: Finanzkrise führt in Demokratiekrise] (KÖLNER STADT-ANZEIGER)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_41.html#KStA_1
- [56] [19.09.2009: Und nun die Sozialkrise?] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf
- [57] [12.02.2010: Und nun die Euro-Krise] (khd-research). Ab Seite 11.
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf
- [58] [2006–2008: Bretton-Woods-Währungssystem] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System>
- [59] [15.05.2010: Trichet fordert ‚Quantensprung‘ von Euro-Staaten] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#SP_2
- [60] [17.05.2010: Edelmetall-Preise in der Euro-Krise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_2.html#Edelmetall_2010
- [61] [18.05.2010: Kommentar: Global kommt man wohl nicht weiter] (DEUTSCHLAND-RADIO KULTUR)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.html#DRad_1

- [62] [19.05.2010: Leitartikel: (K)ein Durchbruch] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.html#TASP_1
- [63] [20.05.2010: Die Schlacht der Hedge-Fonds] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)
URL: <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/agenda-die-schlacht-der-hedge-fonds/50116273.html>
- [00] [04.06.2010: Kommentar: Die Brandstifter als Feuerwehr] (DEUTSCHLAND-RADIO KULTUR)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.html#DRad_2
- [00] [07.06.2010: Das Sparkonzept der Bundesregierung] (DEUTSCHE WELLE)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.html#DW_1
- [00] [07.06.2010: Was fehlt im Sparkonzept?] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_06.html#EIN_fehlt
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 651 der Ausgabe der »khd-Page« vom 20. September 2009 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News20.html#2> (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 16. September 2009 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ und ab dem 16. Februar 2010 in „Wirtschaft skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Hier konnten natürlich nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.